Die „Volkswacht" erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 1/5, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 80 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8570.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratenpreis: Berechnet für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt".

Nr. 153. Mittwoch, den 5. Juli 1905. 16. Jahrgang.

Unternehmer-Fürsorge.

Alljährlich im Sommer, wenn die Jahresberichte der Königlichen Gewerbeinspektoren die Druckpresse verlassen und hinaus ins Land gehen, bietet sich dem Sozialpolitiker wie dem Arbeiterfreund Gelegenheit, an der Hand verbürgter Tatsachen nachzuprüfen, wie viel von der im ganzen Jahre so gerühmten Arbeiterfürsorge in Deutschland wirklich zur Anwendung kommt und wie viel von den Hoffnungen und Wünschen der evangelisch-sozialen und harmonieseligen Kreise auf Sand gebaut sind. Im Lichte amtlicher Berichterstattung, die sich fast nie ein Wort der Kritik erlaubt, sondern nur die nackten Tatsachen reden läßt, zerfällt die Illusion von dem patriotischen Sinn und der väterlichen Fürsorge des Arbeitgebertums wie ein Kartenhaus. Diesen unangenehmen Eindruck kann selbst das sorgsam ausgestattete Kapitel von den Wohltätigkeitseinrichtungen, von den Stiftungen, Geschenken und Ehrenzeichen nicht verwischen, denn unwillkürlich drängt sich selbst dem naivsten Beobachter die Frage auf: Warum nahmt Ihr Wohltätigen, Ihr Gutgesinnten dem Fabrikſklaven erst die Hunderttausende ab, wenn Ihr sie später als „Geschenke" wiederzugeben gedenkt? Doch der Leser möge selbst prüfen, ob die hochherzigen Fabrikherren und Innungsmeister der Regierungsbezirke Breslau, Liegnitz und Oppeln ihre Pflichten gegenüber der Arbeiterschaft erfüllen, wenn wir eine Reihe von Tatsachen aus den Berichten der Gewerberäte Siebert, Rube und Böhmer Revue passieren lassen.

Das vergangene Jahr, 1904, brachte eine Periode aufsteigender Konjunktur, besserer Geschäftsabschlüsse, vermehrter Beschäftigung. Diese Situation nutzt der Kapitalismus, getreu seiner ganzen Geschichte, zunächst dazu aus, sich billigere Arbeitskräfte zu verschaffen und die teuere Männerarbeit zu verdrängen. Das Anwachsen der Zahl der weiblichen Arbeiter wird aus allen Bezirken bestätigt, seine Ursache spricht der Breslauer Bericht mit lakonischen Worten aus, sie besteht nach den Beobachtungen des Gewerbeinspektors unter anderem

„in dem Bestreben mancher Unternehmer, immer mehr weibliche Arbeiter durch Arbeiterinnen zu ersetzen. In einer Reihe von Industriezweigen, z. B. der Zigarrenfabrikation hat sich dieser Prozeß ja bereits vollzogen, denn der männliche Roller ist aus den Arbeitssälen verschwunden. In den Websälen, Spinnereien und vielen anderen Betrieben macht es die fortschreitende Vervollkommnung der Webstühle und sonstigen maschinellen Einrichtungen in immer höherem Maße möglich, den Weber durch die Weberin zu ersetzen, **die erheblich geringere Lohnansprüche stellt.**"

Es ist nur das Amtssiegel auf eine längst bekannte Tatsache: bei seiner Jagd nach billigen Arbeitskräften stürzt sich der Kapitalismus zunächst auf die Frauen, die er ohne Rücksicht auf Sittlichkeit und Gesundheit, Familie und weibliche Würde ins Joch preßt. Wie wenig er dabei auf die speziellen Eigentümlichkeiten der weiblichen Natur und ihre Befriedigung Rücksicht nimmt, geht aus verschiedenen Bemerkungen hervor:

„In einer Tonwarenfabrik wurden vier hochschwangere Arbeiterinnen angetroffen, welche etwa einen Zentner schwere Karren mit geformten Steinen von den Pressen zu den Trockengerüsten transportierten."

Kümmert sich hier der Profit nicht um das keimende Menschenleben, so ist ihm an anderen Stellen die Sittlichkeit, die sonst nur Sozialdemokraten zerstören, vollkommen gleichgiltig:

„Anordnungen zur Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes mußten in einem großen Tonwerke getroffen werden, da zum Zureichen, Abnehmen und Einsetzen der Steine in die Trockengerüste zweckentsprechende Bühnen und Auftritte nicht in genügender Zahl vorhanden und die Arbeiterinnen genötigt waren, sich breitbeinig auf die Latten der Gerüste zu stellen."

Die Zähigkeit des Unternehmertums bei der Ignorierung des Arbeiterschutzes spricht aus folgendem Falle im Regierungsbezirk Liegnitz — Name und Domizil solcher Firmen wird im Gegensatz zu den „wohltätigen" stets geheim gehalten:

„In einer Tuchfabrik war der Umkleideraum den Arbeiterinnen wieder entzogen und anderweit verwendet, und in vier Wollspinnereien ganz und gar wieder beseitigt worden. Die Herstellung war erst vor wenigen Jahren mit Mühe erreicht worden."

Lange hielt die Arbeiterfürsorge in diesem Falle nicht vor. Aehnlich muß es in sehr, sehr vielen Betrieben stehen, denn Zuwiderhandlungen gegen gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen sind in Schlesien auch in diesem Jahre in **273** Anlagen ermittelt worden. Eine Besserung ist nicht zu verspüren. Bei der Jagd nach Profit wurden die entgegenstehenden Gesetze einfach überrannt. Wie wenig sich das Unternehmertum durch die „drohende" Verkürzung des gesetzlichen Arbeitstages für die weiblichen Arbeiter schrecken läßt, beweist die Zunahme derselben. Möchte sich nach dieser Ermittelung nun auch die Regierung nicht schrecken lassen!

Nach den Frauen folgen die Kinder und jugendlichen Arbeiter. Sie haben sich leider im Regierungsbezirk Oppeln ebenfalls vermehrt, nämlich von 8295 auf 9357, während in den beiden anderen Bezirken keine Veränderung, also auch keine Besserung, eintrat. Besonders in den schmutzigen Ziegeleien fanden die Fabrikinspektoren öfter Kinderarbeit vor, in einer Ziegelei ein achtjähriges Kind, in einer anderen 8 Kinder im Alter von **7, 8** und **10** Jahren. Sieben- und achtjährige Kinder in Ziegeleien arbeitend, ist das nicht ein großartiges Denkmal deutscher Sozialpolitik? Aehnliche Zustände traf der Breslauer Inspektor in der Nähe von Neumarkt an und sie sind unseres Wissens auch ganz in unserer Nähe, eine Stunde vor den Toren der Stadt, noch heimisch. Doch es kommt noch besser: dem Feineisenwalzwerk der Bethlen-Falva-Hütte ist die Erlaubnis erteilt worden, 70 junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren auch Nachts als Pritscher, Klappjungen und dergleichen zu beschäftigen. Auf Grund einer Arbeiter-Anzeige wurde ermittelt, daß in einem Dampfsägewerk der **11jährige Sohn des Besitzers als Kesselwärter** beschäftigt war! In einem größeren Betriebe derselben Branche wurden nach den Bekundungen des königlichen Gewerbeinspektors 9 Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren — **14, 18** ja **24** Stunden hintereinander Tag und Nacht beschäftigt. Der Betriebsleiter, der in dieser Weise Leben und Gesundheit junger Menschenkinder vernichtet, zahlt für seine menschenfreundliche Tat ganze **50** Mark Strafe, — damit vergleiche man die Urteile gegen Streikende, die ein beleidigendes Wort ausstoßen und dafür wochen- und monatelang ins Gefängnis wandern! Mit dem Kapitel der Bestrafungen gedenken wir uns übrigens in einem weiteren Artikel noch einmal besonders zu beschäftigen — zur höheren Ehre der kapitalistischen Gerechtigkeit.

Für heute sei nur noch ein Blick auf die Beschäftigung ausländischer Arbeiter geworfen, die überall dort eintritt, wo Arbeiterinnen und Jugendliche nicht genug aufzutreiben sind und der deutsche Landsmann aus dem Arbeiterstande dem Unternehmer zu teuer kommt. Die Beschäftigung von Ausländern nimmt rapid zu, darin wird sich auch nichts ändern, wenn der Liegnitzer Gewerbeinspektor den Kapitalisten seines Bezirks in folgender Weise ins Gewissen redet:

„Bei den Revisionen gewerblicher Anlagen wurden wiederum ausländische, fremdsprachige Arbeiter in erheblicher Zahl angetroffen. Sie arbeiteten unter anderem in Zuckerfabriken, Wasser- und Eisenbahnbauten. Ein Ziegeleibesitzer hatte 25 Galizier durch Vermittelung der Landwirtschaftskammer in Breslau erhalten. Die immer weiter um sich greifende Beschäftigung fremdländischer, namentlich galizischer Arbeiter in den Gewerbebetrieben, bildet für die Erwerbs- und Lebenshaltung der einheimischen ansässigen Arbeiterschaft eine wachsende Gefahr, nicht nur durch den Lohndruck, den die Fremden ausüben, sondern weil sie auch durch ihre ausländischen Sitten und niedrigen Kulturansprüche die sittliche und kulturelle Hebung der ortsangesessenen deutschen Arbeiter hemmen. Die Ausländer werden oft herdenartig untergebracht, in Kantinen in billigster und einfachster Weise beköstigt, sie sind äußerst bedürfnislos und tragen das erarbeitete Geld, so weit es angeht, aus dem Lande. Da sie ihre Bekleidungsstücke mitbringen, so haben auch die Handwerker und Kaufleute von ihnen keinen Nutzen. Die Ausländer können außerdem mit geringeren Löhnen auskommen, als die Ortsangesessenen, weil sie deren Untertanenpflichten, insbesondere die Schulpflicht, Militärpflicht, Steuerpflicht nicht zu erfüllen haben. Mag die Benutzung von ausländischen Arbeitskräften dem einzelnen Unternehmer rechnerisch noch soviel Gewinn bringen, die ortsansässige Arbeiterschaft und das allgemeine Wohl wird darunter zu leiden haben. Als der Berichterstatter bei der Revision einer Ziegelei den Transport von Ziegelsteinen durch Frauen beanstandete, die halbe Tage oder nach Stunden in Akkord auf der Ziegelei beschäftigt waren, baten sie, ihnen diese Arbeit zu belassen. Auf den Hinweis, daß sie doch gewiß von dem Besitzer des in nächster Nähe gelegenen Rittergutes jederzeit in der Landwirtschaft lohnende Beschäftigung erhalten könnten, antworteten sie höchst verstimmt: „Der gibt uns keine Arbeit, der will nur die Fremden."

Wie eine Antwort auf diese Strafpredigt klingt es, wenn der Oppelner Gewerberat Böhmert sagt: „Bei dem Mangel einer genügenden Anzahl einheimischer Arbeiter mußten vielmehr noch tausende von Ausländern (namentlich für die Gruben) zugelassen werden", daraus entsteht dann folgendes Völkergemisch: „Zu den bisher vorwiegend tätigen Westgaliziern gesellten sich neuerdings neben Italienern, Kroaten, Steiermärkern immer mehr die nationalpolitisch anscheinend minder bedenklichen Ostgaliizier oder Ruthenen. Den Schlußstein zu dem patriotischen Bilde liefert eine niederschlesische Flachsgarnspinnerei, die sogar weibliche Ausländerinnen, Galizierinnen, in die deutsche Industrie hereinzieht. Wann folgen die galizischen und polnischen Kinder?

Damit schließen wir das erste Kapitel der Fürsorge schlesischer Unternehmer für ihre Arbeiter und — für sich selbst.

* * *

Der Matrosen-Aufstand in Rußlands Häfen.

Während die Nachrichten vom Schwarzen Meer etwas spärlicher fließen, Odessa von den Schreckenstagen sich erholt und über dem weiteren Geschick des „Potemkin" Dunkel liegt, hat der revolutionäre Funke in den russischen Ostseehäfen gezündet und in Libau und Kronstadt wiederholen sich die in der Menschheitsgeschichte unerhörten Szenen von Matrosen-Aufständen. So meldet selbst der russisch-offiziöse Draht aus der

Ostseefestung Kronstadt.

An Bord des Kreuzers „Minin" sind ernste Unruhen ausgebrochen. Die Matrosen beschlossen, das Insee-gehen des Kreuzers mit anderen Schiffen des Uebungsgeschwaders mit allen Mitteln zu verhindern. Die Besatzung wies auf das Alter und den schlechten Zustand des Kreuzers hin, der nicht nur unfähig sei, an den Schießübungen, sondern sogar an einer einfachen Fahrt teilzunehmen. Maßnahmen gegen die aufwieglerische Bewegung wurden ergriffen (Welche?) „Minin" wurde durch Schleppdampfer bis zum dritten Fort von Kronstadt in See geführt, wo er verblieb. In der Stadt herrscht Ruhe. Die streikenden Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Wie verlautet, ist heute Nacht ein Linienschiff ohne Offiziere in See gegangen. Einzelheiten fehlen. Im Hafen liegen nur der alte Panzer „Imperator Alexander II." und der ganz neue Panzer „Slawa".

Die Reihe der zusammenhanglosen Meldungen, deren volle Tragweite im Augenblick noch gar nicht zu übersehen ist, wird durch folgende Telegramme ergänzt:

In Petersburg und Libau.

Auf dem Linienschiff **„Alexander II."** kamen am Sonnabend **grobe Auflehnungen** seitens der **Besatzung** vor, die sofort unterdrückt wurden.

Zur Meuterei in Libau wird nachträglich noch berichtet: In der Nacht vom 28. auf den 29. v. M. **meuterte im hiesigen Kriegshafen auf dem Schiff „Kaiser Alexander III."** die ganze Besatzung, zirka **700 Matrosen.** Diese schossen auf die Kasernen, zertrümmerten die innere Einrichtung, verprügelten die Offiziere und zerstreuten sich unter Mitnahme von Gewehren und Munition in alle Windrichtungen. **Tot sind vier Matrosen, verwundet fünf Offiziere und zirka 30 Matrosen.** — Nach einem anderen Telegramme sollen bei der Revolte **200 Personen** getötet sein.

Die Revolution in der Hauptstadt

kommt ebenfalls wieder zum Ausbruch. Darüber belehren uns folgende Telegramme, die teilweise im russischen Polizeistil [illegible] gefaßt sind:

[illegible] **Art im Petersburger Seehafen** für am **Montag in den Ausstand getreten.** Jeglicher Geschäftsverkehr stockt. — Auf den Putilowwerken haben am Montag **12,000 Mann** die Arbeit niedergelegt.

Die am Freitag infolge des Arbeiterausstandes in Kronstadt ausgebrochene Revolte, bei der nach früheren Nachrichten keinerlei Zusammenstöße der Arbeiter mit den Truppen stattgefunden haben sollten, ist tatsächlich durch Militärgewalt unter Anwendung von Maschinengewehren unterdrückt worden. **Zahlreiche Personen sind tot und verwundet.**

In der Nacht zum Montag zerstörte „ein Pöbelhaufen", etwa 3000 Personen, **mehrere Häuser in der Mjasnaiastraße.** Kosaken unterdrückten die Unruhe. Zwanzig Personen wurden verhaftet, **ein Polizeioffizier und vier Kosaken verletzt.**

Eine Bombenfabrik entdeckt.

Durch Agenten der Geheimpolizei ist bei dem pensionierten Beamten Andruschkewitsch und dem Studenten Auder in dem Dorfe Wyra im Bezirk von Zarskoje-Selo eine Bombenfabrik mit 8 geladenen und 22 nicht geladenen Bomben, sowie etwa 100 Blechkisten mit flüssiger Sprengmasse, Sprengkapseln und weiterem Material zur Bombenfabrikation gefunden worden.

Weitere Nachrichten vom „Potemkin".

Aus Sewastopol wird über den verunglückten Angriff auf den „Potemkin" gemeldet:

Der Panzer „Georg Pobjedonoszew", „Dwienazat", „Apostolow", ein Kreuzer, der Torpedobootszerstörer „Kasarski" und mehrere Torpedoboote, unter dem Oberbefehl des Admirals Wyschnestetzky gingen am 28. Juni von Sewastopol nach Odessa. Die zweite Abteilung, zusammengesetzt aus den Linienschiffen „Rostislaw" und „Ussnop" folgte am 29. Juni, unter dem Kommando des Admirals Krieger. Auf der Rede von Odessa angekommen, befahl Krieger dem „Potemkin", sich dem Geschwader anzuschließen. Die Antwort lautete: **„Wir bitten den Oberbefehlshaber an Bord zu kommen."** Endlich fuhr der „Potemkin", klar zum Gefecht, mit Volldampf an dem ganzen Geschwader vorbei. Das Schiff fuhr so dicht vorüber, daß man seinen Oberbefehlshaber erkannte. Ein Mann mit dichtem Bart in bürgerlicher Kleidung. Einige behaupten sogar, an Bord etwa 30 Leute in Zivilkleidung bemerkt zu haben. Krieger ließ das Signal geben: **„Wir fahren nach Sewastopol".** Der „Potemkin" antwortete: **„Wir bleiben hier."** Auf Befehl seiner Matrosen antwortete der Schiffskommandant Gorzevitch vom „Georg Pobjedonoszew": **„Maschinen defekt!".** Auf nochmaligen Befehl, wir fahren nach Sewastopol, antwortete der „Pobjedonoszew": **„Wir bleiben hier".** Der Panzer wendete sich neben den „Potemkin". Endlich hißte der „Pobjedonoszew" das Signal: „Wir wünschen Offiziere zu landen. Das war das letzte Signal, welches das Geschwader bei seiner Abfahrt nach Sewastopol sah.

Der Matrose Omoltschuk ein Genosse.

Das Organ der polnischen sozialdemokratischen Partei, der Krakauer „Naprzod" meldet:

Der Matrose des „Potemkin", der am 27. Juni von einem Offizier erschossen wurde, hieß Stefan Omoltschuk oder

Omolitschuk; er war bekannt als rührriger sozialdemokratischer Agitator unter den Matrosen der Schwarzen Meerflotte und stand auch an der Spitze der revolutionären Bewegung unter den Matrosen. Gewöhnlich war er ihr Wortführer bei Beschwerden. Omolitschuk stand schon im November 1904 an der Spitze der Matrosen während der Unruhen in Sewastopol, wurde aber damals vom Kriegsgericht freigesprochen.

In Rumänien.

Nachdem das russische Panzerschiff „Knjäs Potemkin" auf der Reede von Constanza vor Anker gegangen war, begab sich der Hafenkapitän an Bord des Schiffes und verlangte, daß es den Hafen verlasse. Auf dem Schiffe waren keine Offiziere, aber 700 Matrosen, die Lebensmittel und Kohlen verlangten. Die Behörden schlugen auf Anweisung aus Bukarest das Verlangen ab und forderten die Matrosen auf, das Schiff ohne Waffen zu verlassen, mit der Mitteilung, daß sie auf rumänischem Boden als ausländische Deserteure behandelt werden. Für den Fall, daß sie sich nicht unterwürfen und eine feindselige Handlung gegen die Stadt unternähmen, seien rumänische Kriegsschiffe mit dem Befehl versehen, Gewalt anzuwenden.

Infolge des Eintreffens des „Potemkin" erhielt die gesamte rumänische Flotte Befehl, sich bei Constanza zu konzentrieren und die Küste militärisch zu besetzen. Die Minister begeben sich nach Constanza, um die Aktion gegen den „Potemkin" persönlich zu leiten.

Was weiter sich entsponnen hat, darüber liegt zur Stunde noch keine Meldung vor.

„Pobjedonoszew's" Uebergabe.

Aus Odessa wird gemeldet: „Pobjedonoszew" ergab sich Montag Morgen. Die Rädelsführer der Meuterei wurden von den Offizieren bezeichnet und ans Land gesetzt. Die Mannschaft erklärte sich für schuldlos, weil sie von dem „Potemkin" bedroht gewesen sei. Der Kommandant des „Pobjedonoszew" erschoß sich, um dem Schicksale des Kommandanten des „Potemkin" zu entgehen.

Weitere Nachrichten.

Den „Nowosti" zufolge ist Graf Ignatiew mit außerordentlichen Vollmachten nach Odessa beordert worden. — Der während der Unruhen in Odessa angerichtete Schaden wird auf 140 Millionen Mark geschätzt.

In Bielostock finden täglich große Arbeiterversammlungen statt, bei denen Reden gegen den Kapitalismus gehalten werden. Die Polizei mischt sich nicht ein.

In der Synagoge zu Minsk fand eine von 5000 Arbeitern besuchte Versammlung statt. Die Reden, die gehalten wurden, behandelten die Verfassungsfrage und die vom Proletariat einzunehmende Stellung. Die Synagoge war von der Polizei umstellt. Die Versammlung ist ruhig verlaufen.

Der Adelsmarschall von Bessarabien, Cherdoiu, wurde, nach einer Meldung aus Kischinew, ermordet aufgefunden.

Beruhigungspulver

versucht der Erzbischof von Warschau in dieser Situation zu verstreuen. Er erließ an die Arbeiter und Arbeitgeber in Lodz einen offenen Brief, in dem es, nach der „Lódz. Ztg.", unter anderem heißt:

Ich komme zu Euch in dem Augenblick, wo Eure Brust verblutet, auf die Kunde von dem Unglück, das Eure Stadt heimgesucht hat. Genug der Opfer! Genug des Blutes! Weit entfernt, die einen anzuklagen und die anderen zu rechtfertigen, will ich nicht die Schuldigen und die Opfer anzeigen. Ich stelle nicht in Abrede, daß die Lage der Arbeiter in unserem Lande einer Aufbesserung und Regelung bedarf. Aber führt der Weg, den Ihr betreten habt, zum Besseren. Begreifet Ihr nicht, daß Euch unvermeidlich Hunger erwartet, wenn Ihr die Brust der Mutter, die Euch nährte, zerreißet? Verfallet Ihr nicht dem Elend, wenn Ihr Fabriken zerstört, stoßweise die Arbeit niederleget und Euer Verdienste verlustig gehet? Unterarbeet Ihr nicht die Industrie, die die Quelle Eures Daseins bildet, bis in den Grund? Ich beschwöre Euch, öffnet Eure Augen! Meidet weitere Ausstände!

Aber auch an Euch, Arbeitgeber, richte ich mein Hirtenwort. Die letzten Ereignisse haben Beweise erbracht, daß Eure Beziehungen zu Euren Arbeitern erschüttert sind und daß zwischen Euch und den letzteren der Wurm der Erbitterung und des Mißtrauens sein Unwesen treibt. Ein Arbeiter ist seines Lohnes wert! Dringet in die Tiefe der materiellen und geistigen Lage Eurer Arbeiter, lernet ihre gerechten Bedürfnisse und Forderungen kennen. Eure Geschicke sind mit ihren Geschicken unzertrennbar verknüpft, können daher nicht nur Gegenstand der Anfrage und des Angebots sein; sie sollen sich im Gegenteil auf der Wagschale der Bruderliebe erproben.

Es ist eine recht naive Auffassung, die da glaubt, den starken Strom der Zeit mit Sonntagnachmittags-Predigten aufhalten zu können. In gewissen Situationen ist ein solches Beginnen direkt volksfeindlich.

Politische Uebersicht.

Zur Sozialistenvernichtung rüstet man wieder einmal im Reichskanzleramte. Die „Kreuzzeitung", die für derartige Vorgänge eine feine Witterung hat, wittert Morgenluft und drückt bereits ihre Befriedigung über die kommenden Dinge aus. Sie ist der Ueberzeugung, daß der Reichskanzler jetzt von Sozialistenvernichtungsreden zu Taten übergehen wird, und freut sich schon, daß das Bürgertum die sozialdemokratische Gefahr jetzt ernster nehme, um dann weiter auszuführen:

Das ist in erster Linie das Verdienst des Reichskanzlers, der durch seine parlamentarischen Reden mit aller Schärfe auf die sozialdemokratische Gefahr hingewiesen und Mauserungsillusionen ad absurdum geführt hat. Sind wir auch unverändert der Meinung, daß es nicht möglich sei, die Sozialdemokratie selbst durch die schönsten Parlamentsreden zu vernichten, wenn nicht aus solchen Worten auch die erforderlichen Konsequenzen gezogen werden, so glauben wir doch, daß immerhin schon einiges gewonnen ist, wenn dem Lande die entschiedene Kampfstellung der Regierung der Sozialdemokratie gegenüber von leitender Stelle aus klar gemacht worden ist. Der Mut der Kaltblütigkeit ist nun hoffentlich verabschiedet. Die Ankündigung der Krankenkassennovelle behufs Reform der von der Sozialdemokratie so arg mißbrauchten Selbstverwaltung leitet hoffentlich eine Umkehr von sozialreformerischen Pfaden ein, die im Reichsamte des Innern unter dem Einflusse der Gesellschaft für Sozialreform zum Schaden des Gemeinwohls und zum ausschließlichen Nutzen der Sozialdemokratie seit dem „Verscharren der Zuchthausvorlage" hier und da betreten worden sind.

Die „Post" stößt in das gleiche Horn und bemerkt in einem Artikel:

Im übrigen glauben wir nicht ohne einigen guten Grund der Ansicht Ausdruck geben zu dürfen, daß der Herr Reichskanzler willens ist, überhaupt im allgemeinen Staats- und Volksinteresse der sozialdemokratischen Gefahr, von deren Bedeutung er sich mehr und mehr überzeugt haben dürfte, energischer entgegenzutreten.

Das Blatt bestätigt auch, daß eine Reform der Selbstverwaltung der Krankenkassen geplant ist.

Also ein großer Feldzug gegen die Sozialdemokratie soll beginnen und man will damit anfangen, das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen zu vernichten. Der Sozialdemokratie wird man dadurch nicht nur keinen Abbruch tun, sondern ihr tausende von Anhängern zuführen. Natürlich werden sich die Arbeiter mit allen Kräften dagegen wehren, daß man ihre Kassen dem nachteiligen Einflusse des Unternehmertums unterstellen und ihr Selbstverwaltungsrecht meucheln will. Auch uns wird man gerüstet finden, wenn man die übrigen noch in den Akten des Reichskanzleramtes verwahrten Sozialistenvernichtungsmittel anwenden will.

Kaiser und Landwirtschaft. Bei der Eröffnung der Landwirtschaftlichen Ausstellung in München hat Prinz Ludwig eine Rede gehalten, in der er nach den „Münch. Neuest. Nachr." u. a. von dem Kaiser sagte:

„Sie wissen, daß Seine Majestät einer der größten Gutsbesitzer im Reiche ist und daß Seine Majestät im höchsten Grade interessiert ist, daß die deutsche Landwirtschaft blühe und gedeihe."

Die „Fr. D. Pr." bemerkt dazu: Da nach dem Dogma der Agrarier, dem sich die Regierung bei Vorlage des Zolltarifs völlig angeschlossen hat, nur bei hohen Zöllen die Landwirtschaft blühen und gedeihen kann, so vermöchte Böswilligkeit leicht aus den oben zitierten Worten zu folgern, daß der Monarch selbst an den hohen Schutzzöllen interessiert ist. . . . Das freisinnige Blatt meint aber, daß Prinz Ludwig habe etwas anderes sagen wollen und gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der Kaiser, der einer der größten Gutsbesitzer im Reiche ist, niemals Einfluß auf die Regierungsvorlagen ausgeübt hat.

Der Marokkorummel flaut ab. Der französische Ministerpräsident Rouvier übermittelte am Sonnabend dem deutschen Botschafter Fürsten Radolin die Antwortnote in der marokkanischen Angelegenheit, wonach Frankreich die anfänglichen Bedenken fallen läßt und im Prinzip die Konferenz annimmt.

Die angekündigte Unterredung Rouviers mit dem deutschen Botschafter Fürsten Radolin hat am Montag stattgefunden.

Petit Parisien meldet, daß die deutsche und die französische Regierung behufs Regelung der marokkanischen Angelegenheit über folgende Punkte übereingekommen seien:

1. Die Integrität Marokkos bleibt gewahrt. 2. Die Souveränität des Sultans von Marokko erfährt keinerlei Verletzung. 3. Alle zwischen Marokko und den Mächten geschlossenen Verträge oder Uebereinkommen werden geachtet. 4. Das französisch-englische und das französisch-spanische Uebereinkommen erfährt keinen Eintrag. 5. Frankreich werden im Hinblick auf die gemeinsame Grenze mit Marokko besondere Rechte zuerkannt.

Das Programm für die Konferenz, so fährt das Blatt fort, wird vom Sultan vorgelegt werden, aber jede Macht erhält das Recht vollster Initiative, und die Regelung aller Fragen von internationalem Charakter wird der einmütigen Zustimmung der Regierungen unterworfen. Die Konferenz, so schließt „Petit Parisien", wird, indes sie sich innerhalb dieser Grenzen bewegt, die von Rouvier eingeleitete Politik bekräftigen. Diese Politik besteht darin, die Würde und die Unabhängigkeit Frankreichs unversehrt zu bewahren und die besten Beziehungen zu allen Staaten zu unterhalten. Die Politik der Ehrlichkeit und vollsten Klarheit entspricht gewiß den friedlichen Gesinnungen des französischen Volkes.

Man kann es, so wird dem „Berl. Tagebl." aus Paris gemeldet, als ziemlich sicher bezeichnen, daß Rouvier am Dienstag nach dem an diesem Tage stattfindenden Ministerrat oder spätestens Mittwoch die Konferenz in aller Form und definitiv annehmen wird. Wonach sich alle Philister etwas beruhigen werden.

Erhebungen betreffend Arbeiterschutz. Die Metallschleifer werden bei ihrem Gewerbe infolge Einatmung von Staub, insbesondere von Metallstaub, gesundheitlich schwer geschädigt. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Erkrankungen der Lungen, insbesondere Schleiferasthma und Lungentuberkulose. In einzelnen Landesteilen, z. B. in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Arnsberg, sind bereits Vorschriften zur Bekämpfung dieser Gesundheits-Gefahr erlassen worden. Zur Prüfung der Frage, ob der Erlaß solcher Vorschriften für das ganze Reichsgebiet auf Grund des § 120e Absatz 1 der Gewerbeordnung geboten ist, hat der Staatssekretär des Innern, Graf von Posadowsky, die Bundesregierungen um Erhebungen über die Zahl der Trocken- und der Naßschleifereien, über die Zahl der in ihnen beschäftigten männlichen, weiblichen und jugendlichen Schleifer und auch um Angaben über die Zahl der an Lungenleiden erkrankten Schleifer ersucht, soweit sich darüber aus der Statistik der Krankenkassen Auskunft geben läßt. Gleichzeitig sind den Bundesregierungen Grundzüge derartiger Vorschriften zur Begutachtung zugegangen.

Zur Bekämpfung der aus der Verwendung von Blei drohenden Gesundheits-Gefahren hat der Staatssekretär des Innern die Bundesregierungen ersucht, durch die Gewerbeaufsichtsbeamten feststellen zu lassen, wieviel Bleierkrankungen der Arbeiter in Feilenhauereien infolge der Benutzung von Unterlagen aus Blei und Bleilegierungen beim Hauen der Feilen, sowie infolge Anlassens und Härtens der letzteren in Bleibädern beobachtet worden sind. Gleichzeitig ist eine Aeußerung darüber erbeten worden, ob die Verwendung des Bleies und seiner Legierungen zu Unterlagen ganz oder teilweise verboten werden kann.

Wieder ein Pückler-Prozeß in Sicht. Aus Berlin wird berichtet: Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II in Moabit wird am 15. d. Mts. ein neuer Prozeß gegen den Grafen Pückler beginnen, der einen erheblich größeren Umfang annehmen wird als die bisherigen. Graf Pückler ist angeklagt der Anreizung zum Klassenhaß, verübt in verschiedenen Reden. Die Anklage stützt sich hauptsächlich auf eine Rede, die der Graf in Bernau zu der Zeit gehalten hat, als ihm in Berlin das Reden verboten war; doch werden auch andere Reden in Potsdam usw. mit herangezogen werden. Die meisten Mitglieder der Pückler-Vereinigung sind als Zeugen geladen. Inzwischen werden wieder Flugblätter verteilt, in denen zum Besuche einer Versammlung am Dienstag in der Koppenstraße aufgefordert wird.

Pastor Klinghammer.

Roman von Wilhelm Hegeler.

9] (Nachdruck verboten.)

„Warum sehen Sie denn so furchtbar traurig aus, so — — wie —?"

„Na, wie denn?" fragte er. „Sie stecken ja voller Vergleiche."

„Ich weiß nicht — — wie'n Schneemann, der schmilzt. Ihnen tut doch die Sonne nicht?. Was haben Sie denn gemacht?"

„Nichts."

„Nichts —?"

„Nachgedacht."

„Und da hab' ich Sie gehört?"

„Durchaus nicht. Ich wollte grade gehn — noch etwas spazieren."

„Ich auch. — Vielleicht gehn wir ein Stück zusammen. — Das heißt, wenn Sie Lust haben," fügte sie, dunkelrot werdend, hinzu.

„Selbstverständlich, sehr gern."

Es sieht nicht so aus, dachte sie bei dem gezwungenen Ausdruck seines Gesichts.

„Ich bin nämlich das Spazierengehen so gewöhnt. Von Davos her. Da war ich den ganzen Tag auf den Beinen."

Sie legten ein Stück Weges schweigsam zurück. Daniel blickte krampfhaft nach links auf das sprießende Grün der Wiesen mit den gelben Schlüsselblumen dazwischen. Wie oft hatte er sich im Geist einen solchen Spaziergang vorgestellt: mit ihr im Frühlingssonnenschein auf einsamen Wegen in den knospenden Wald. Warum fand er keins von den tiefsinnigen, witzigen, blendenden Worten, die ihm dann zugeflogen waren? Er zermarterte sein Hirn nach einem Gesprächsstoff. Aber immer fiel ihm sein unrasiertes Kinn ein. Er wünschte, sie hätte ihn da sitzen lassen auf der Brücke, in seiner Verzweiflung. Was wollte sie von ihm? Für ihn handelte es sich darum, ob er sein Leben ändern sollte oder nicht? Konnte sie ihm helfen?

Schließlich, als ihm sein eigenes Schweigen unerträglich wurde, fragte er:

„Sie waren heut morgen bei meiner Mutter?"

„Ja. — Sehr lange sogar. Wir haben uns über alles mögliche unterhalten. — Auch über Sie."

„So — über mich?"

„Ihre Frau Mutter fragte —. Aber ich weiß nicht, ob ich es Ihnen sagen soll?"

„Ich kann's mir aber denken. Sie fragte nach meinen Predigten."

„Das stimmt."

„Ob Sie sie nicht zu frei fänden."

„Stimmt! — Ich glaube, Ihre Frau Mutter meint — Sie sind ihr nicht fromm genug, Herr Pastor."

„Das hat sie mir schon oft geklagt. Sie möchte am liebsten, daß ich auf jeden Buchstaben in der Bibel schwörte. — Was haben Sie denn gesagt?"

„O, ich habe gesagt: mir wären Sie gerade fromm genug."

„Wohl zu fromm?"

„Nein, durchaus nicht. So fromm — na, wie ich selbst auch sein könnte."

Sie hatte immer, auch in der Kirche, mehr den Menschen als den Geistlichen in ihm erblickt. Als sie ihn zum ersten Mal predigen gehört, hatte sie nach wenigen Worten schon diese leisen, aber immer wiederkehrenden Schauer gefühlt, als ob von ihrer Seele eine Schicht nach der andern abgelöst und an ihre verborgensten Gedanken getastet würde. Was ihre Tante, diese blasse, leidende Frau, die mit sehnsüchtigen Blicken von ihrem Krankenstuhl aus nach den weißen Schneefirnen der Alpen schaute, zuerst in ihr erweckt hatte, dies Heimweh der Seele, die sich einsam und weltverloren fühlt, die von Schönheit und Kraft träumt und weiß, daß sie schwach und krank ist, die in ihrer Ewigkeitssehnsucht und Todesahnung nach dem Warum und Wohin fragt — das alles hatte sie von ihm wiedergehört. Aber noch stärker und überzeugender, denn er hatte seinen Gedanken einen vollkommeneren Ausdruck geben können als diese ungewandte Frau. Für Marianne, die sich einsam und heimatlos fühlte, war er allein in der ganzen Stadt nicht wie ein Fremder erschienen. Zwischen sich und ihm hatte sie eine innerliche Verwandtschaft geahnt, geahnt, daß dieselben dunklen Sehnsüchte, derselbe Zwiespalt, derselbe Drang zum Frieden ihn wie sie beherrschten. Nur unbewußt hatte sie das empfunden, über sein eigentliches Wesen war sie im Irrtum. Sie fühlte wohl, daß er litt und nicht glücklich war, aber sie hielt ihn doch für viel abgeklärter, als er war. Ihm gegenüber wurde sie sich ihrer Kleinheit, ihres Leichtsinns, ihrer Launenhaftigkeit, alles dessen, was sie an ihrer widerspruchsvollen Natur so ärgerte, bewußt. Sie stellte ihn im Leben so hoch über sich selbst, wie er auf der Kanzel in der Kirche über ihr stand. In diese Verehrung hatte sich die Liebe zuerst gar nicht hineingewagt, erst als sie ein paar Mal, wenn auch nur in Gegenwart anderer, mit ihm gesprochen hatte, war er ihr vertrauter erschienen und ihre erste Scheu verschwunden.

Jetzt schritt sie stumm neben ihm her. Das begonnene Gespräch war ganz plötzlich versiegt. Es ging ihr, wie es etwa einem Patienten bei einem sehr berühmten Arzt gehen mag, von dem er am liebsten für alle gehabten und noch kommenden Krankheiten Heilmittel haben möchte, und dem er im Moment nicht mal sagen kann, was ihm jetzt eigentlich fehlt — so hätte auch sie ihm am liebsten gleich ihr ganzes übervolles Herz ausgeschüttet, hätte ihm alles erzählt, was man nur einem ganz vertrauten Menschen sagen kann. Und sie fühlte doch, daß das nicht ging. Die Worte drängten und drängten. Aber jetzt erschienen sie ihr zu banal, jetzt zu intim. So kam sie nicht zum Sprechen. Und darüber war sie unglücklich, weil diese so oft herbeigewünschten Augenblicke inhaltlos verstrichen. Aber wiederum war sie glücklich, allein durch das Gefühl seiner Nähe. Glücklich durch ihre Liebe, die, wie der Wechselstrom eines Magneten, ihr junges leidenschaftliches Herz mit Freude, mit Furcht, mit hundertfachem Lebensgefühl lud. Das Weinen saß ihr so nahe wie das Lachen. Der Himmel erschien ihr viel blauer, die Wiesen von ganz neuem Grün, und der Sturmwind brauste übermütig und toll wie ihr eigenes Blut.

So kamen sie bis zu einer am Waldsaum liegenden Försterei. Sobald die Straße durch den Wald ging, ließ der Wind nach. Sie hörten ihn nur noch durch die Baumwipfel sausen. Mit einem Mal war es still, förmlich schwül. Marianne knöpfte beim Gehen ihr Jackett auf. Doch plötzlich blieb sie stehen und sagte kühn:

„Was meinen Sie, Herr Pastor, wenn wir uns ein bißchen setzten? Wir suchen uns irgend einen hübschen Platz."

„Gern."

Leichtfüßig sprang sie über den Graben und schritt voran. Das dürre Laub raschelte unter ihren Füßen. Geschickt wand sie sich durch das Unterholz der Buchen. Oft hängte eine Brombeerranke sich an ihr Kleid. Dann raffte sie es ärgerlich auf und Daniel sah ihren elegant den Fuß umschließenden Schuh, ein Stückchen des schwarzen Strumpfes. Sie ging kreuz und quer mit hurtigen Schritten, bis sie an eine Mulde kam, die im Winter als Eisloch diente, lief die Hälfte des Abhanges herunter und setzte sich auf einen moosbewachsenen flachen Stein. Dabei blickte sie den Pfarrer vergnügt an.

„Suchen Sie sich auch einen Platz! Aber bitte nicht den Ameisenhaufen da."

Daniel ließ sich nieder, indem er seine langen Rockschöße zur Seite schlug. Marianne hatte ihr Jackett ausgezogen und sich darauf gesetzt.

Ein unaufhörliches Rauschen klang über ihnen wie Meeresbrandung, bald stärker, bald schwächer.

Der Oberteil der blaugrünen Bluse war leicht gebauscht, etwas gekrümmt, wie sie saß. Unwillkürlich glitt Daniels Auge darüber hin und haftete an dem weißen Halsansatz, den die feine Stickerei des Hemdes umrahmte. Sie mochte seinen Blick gespürt haben, denn sie wandte sich zu ihm.

„Hier ist's hübsch, nicht wahr? So im Wald sitzen — da ist mir am wohlsten. Und nun erst, wo ich keine Angst zu haben brauche. — Sie würden mir doch beistehen? Nicht etwa davonlaufen?"

„Hoffentlich nicht", erwiderte er.

Die Antwort klang ihr etwas matt. Es hätte hübscher geklungen, wenn er gesagt hätte: „Und wenn jetzt ihrer vier kämen, ich nähms mit allen vieren auf." So hätte der Leutnant geantwortet. Aber was sie sich daraus machte! Aus diesem Unteroffiziersmut Er besaß eben 'ne andere Art von Mut.

(Fortsetzung folgt.)

Gegen den „Simplicissimus" ist in Nordhausen ein Bewegung unter den Geistlichen im Gange. Wie die „Nordh. Ztg." schreibt, erhielten die Buchhandlungen ein Zirkular, in welchem sie aufgefordert werden, nichts mehr für den Absatz des Blattes zu tun. Die schriftlichen Antworten sollen der nächsten Versammlung des Stolberg-Hohensteiner Pfarrvereins vorgelegt werden. — Wenn die Herren mit dieser Maßnahme nur nicht das Gegenteil von dem erreichen, was sie beabsichtigen!

Da das Gesetz über die Verwendung der Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903 bereits einige Zeit wirksam gewesen ist, werden in einem Runderlaß der zuständigen Minister Berichte eingefordert, ob auf Grund der Ausführungsanweisung vom 30. November 1903 eine hinreichende Ueberwachung über die Ausführung des Gesetzes hat erfolgen können und welche Vorschläge etwa zur verbesserten Ausgestaltung der Ueberwachung, die bei diesem Gesetz mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist, zu machen sind.

Wozu das Militär da ist. In der Umgebung Hamburgs meldeten sich einige Gärtnergehilfen bei Landwirten zur Kirschenernte. Sie erhielten die Antwort, daß jetzt noch keine Kräfte gebraucht werden, und daß später die 31er aus Altona als Hilfskräfte kämen.

Hier hilft nur eine verkürzte Dienstzeit der Soldaten. Es wird sehr zweckmäßig sein, das Material zu sammeln, um es dann bei der Behandlung des Militäretats zur Hand zu haben.

Aus Deutsch-Südwestafrika. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am Typhus sind gestorben: Militärkrankenwärter Walter Heime; Reiter Johann Fauser.

Ausland.

Die Lage auf Kreta. Am Freitag hat das russische Kanonenboot „Chrabry" die kretensischen Aufständischen bei Platania, westlich von Kanea, beschossen, weil diese auf die russischen Truppen geschossen hatten. Bei der Beschießung Platanias wurde eine Frau getötet und ein Mann verwundet. Die russische Landungsabteilung feuerte nur einen einzigen Kanonenschuß gegen das Dorf ab, dagegen verhinderte das russische Kanonenboot „Chrabry" zweimal durch lebhaftes Geschützfeuer die Insurgenten am Vorrücken, ohne jemand zu verletzen. Die italienischen Truppen landeten am Freitag zwei Geschütze.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 4. Juli 1905.

Zentrums-Militarismus.

Unser Leitartikel in der Sonntagnummer hat den Herausgeber der „Neisser-Zeitung" in Harnisch gebracht. Er veröffentlicht in seinem Blatte folgende Notiz:

> In der sozialdemokratischen „Volkswacht" zu Breslau wurden am Sonntag, den 2. Juli, drei Briefe veröffentlicht, welche in den Monaten Juni und Juli 1893 an mich gerichtet worden sind. Die „Volkswacht" sagt, die Briefe „seien ihr vor etlicher Zeit durch einen günstigen Wind auf den Redaktionstisch geweht."
>
> Die Briefe sind mir Ende März d. J. gelegentlich eines Umzuges, den ich zu bewerkstelligen hatte, **gestohlen worden.**
>
> **Natürlich nur — — „objektiv"; „subjektiv" natürlich nicht.**
>
> Neisse, 3. Juli 1905.
>
> F. J. Neise.

Die Behauptung des Herrn, daß ihm die Briefe Ende März „gestohlen" worden seien, ist objektiv und subjektiv gelogen! Die Briefe sind viel, viel länger in unserem Besitz. Daß sie genügend Interesse für die Oeffentlichkeit haben, beweist schon der Umstand, daß die „Neisser Zeitung" den Inhalt der Briefe sorgsam verschweigt! Sie darf ja auch ihren Lesern nicht verraten, daß die Abgeordneten der Zentrumspartei sich vor Sr. Eminenz, aber nicht vor ihren Wählern fürchten.

Im übrigen eine Erinnerung: Als wir vor mehr als einem Jahre den bekannten Brief der gut katholischen Güterverwaltung der Gräfl. Franken-Sierstorpff'schen Güter an den Arzt Dr. Baumann in Mogwitz veröffentlichten, der dem Arzt verbot, bei kranken Arbeitern allzu häufig Besuche zu machen, da war die „Neisser Zeitung" außer sich vor Schimpfen auf den „Genossen Spitzbuben," der den fraglichen Brief „aus einem Schreibtisch" gestohlen haben sollte. Inzwischen ist durch drei Instanzen nachgewiesen, daß ein Diebstahl nicht vorliegt! Die „Neisser Zeitung" hat aber noch mit keiner Zeile ihre unglaublich rohen Beschimpfungen des Arbeiters zurückgenommen, sie hat aber auch noch nicht mit einer Zeile Notiz genommen von dem für die gut katholischen Agrarier-Kreise gravierenden Inhalt des Briefes! Damals behauptete das Pfaffenblatt, der Brief würde noch so oft erwähnt werden, daß uns die Ohren gellen würden. Sie hat ihn aber bis heutigen Tages nicht veröffentlicht und hat allen Grund dazu! Sie wird auch die Briefe des Abgeordneten Horn an Herrn Neise nicht wiedergeben und sie hat auch dazu allen Grund!

* **Die Stadtverordneten-Wählerlisten**, die nach der Städteordnung jedes Jahr öffentlich auszulegen sind, werden auch in diesem Jahre vom 15. bis 30. Juli einschließlich im Bureau Elisabethstraße 10, part., ausgelegt. Die Einsichtnahme kann Wochentags von 9—1 und von 4—6 Uhr und Sonntags von 9—12 Uhr Vormittags erfolgen. Wir empfehlen besonders denjenigen, die in diesem Jahre erst zur richtigen Steuerstufe veranlagt sind, sich schon jetzt davon zu überzeugen, daß ihr Name in der Wählerliste verzeichnet ist. Sie könnten sonst bei der nächsten Wahl Schwierigkeiten haben.

* **Die städtischen Feldschmiede- und Werkzeugschlosser** hielten kürzlich eine Sitzung ab. Aus den Beratungen ist zu entnehmen, daß die Arbeiter sich sehr über die Behandlung durch die Vorgesetzten und zwar hauptsächlich über die durch den Werkmeister Merke und den Inspektor Steinfaß beschwert fühlen. Die Arbeitszeit ist lang und schwer und zudem noch gefahrvoll und gesundheitsschädlich durch ausströmendes Gas und Witterungseinflüsse. Die Schmiede wünschen deshalb die Gewährung von Schutzanzügen oder zum mindesten die Anschaffung von Schutzdächern, ferner die Gewährung von Wasserstiefeln im Winter. Um Explosionen auszuschließen, wollen sie mit Schutzlampen ausgerüstet sein. Weiter wollen sie, daß die Arbeitszeit im Winter anstatt von 7 bis 7 Uhr ebenso wie jetzt schon im Sommer von 6 Uhr früh bis Abends 6 Uhr währt. Anstatt der einstündigen wollen sie eine 1½stündige Mittagspause haben. Dann wünschen sie, daß den Hilfsarbeitern die Zeit für den Material-Transport nach der Gasanstalt II vergütet wird. Auch die Anschaffung mehrerer Transport-Wagen sei erforderlich. Bei entstandenen Schaden sind die betreffenden Arbeiter zwar ersatzpflichtig, die Löhne seien aber nicht danach, daß man sagen könne, die Arbeiter sind auch schadensersatzfähig. Die Schlosser und Schmiede erhalten einen Anfangslohn von 26 Pfennig, der bis auf 46 Pfennig pro Stunde steigt. Die Hilfsarbeiter erhalten 24 bis 32 Pfennig pro Stunde. Gefordert wird nun ein Anfangslohn von 28 Mark pro Woche für Hilfsarbeiter und 28 Mark für Schlosser und Schmiede und für die letzteren pro Tag 50 Pfennig Zehrkosten. In Anbetracht der schmutzigen Arbeit wird ferner die Berechtigung zur Benutzung der Badeeinrichtung der Gasanstalt II gewünscht. Da von seiten der Vorgesetzten sehr oft neue Verfügungen erlassen werden, will man in solchen Fällen bis zur Leistung der Unterschrift stets 24 Stunden Bedenkzeit haben. Diese Wünsche wurden formuliert und sollen dem Magistrat in einer Petition unterbreitet werden.

* **3000 Erkrankungen an epidemischer Genickstarre** sind seit Beginn der Epidemie jetzt in Preußen zur Anzeige gekommen. 2726 kommen auf die Provinz Schlesien, der kleine Rest von 274 auf den übrigen Staat. Gestorben sind in der Monarchie bis jetzt daran 1584 Kranke, davon 1457 in Schlesien. Die Sterblichkeit beträgt somit in Preußen 62,8, in Schlesien 53,5, außerhalb Schlesiens 46,5 Prozent. In der letzten Berichtswoche vom 19. bis zum 27. Juni hat die Epidemie im Regierungsbezirk Oppeln zwar wieder etwas zugenommen. Die Zahl der Erkrankungen ist gegen die Vorwoche von 60 auf 66 gestiegen. Dagegen ist die Zahl der Todesfälle von 66 auf 65 gefallen. Die Wochen vom 22. Mai bis 27. Juni zeigen eine absteigende Bewegung. Erkrankt sind von Woche zu Woche 124, 93, 77, 60, 66. Todesfälle gab es 111, 78, 71, 66, 65. In den letzten 4 Wochen ist die Krankheit um etwa die Hälfte zurückgegangen. Am 27. Juni war ein Krankenbestand von 461. In der zweiten Hälfte des Monats Mai hatte auch Berlin 5 Erkrankungen und 2 Todesfälle, außerdem je 1 der Regierungsbezirk Potsdam und der Bezirk Beeskow-Storkow. Von den übrigen Provinzen hatte Ostpreußen, Pommern und Posen je 1 Erkrankung, Hannover 2, Sachsen und Hessen-Nassau je 3, Schleswig-Holstein 4, die Rheinprovinz 5, Westfalen 6.

* **Eine für Gastwirte und Gäste** gleich interessante Beleidigungsklage wurde vor dem Schöffengerichte in Hamburg zum Austrag gebracht. Der Pächter eines Cafés hat einem seiner Gäste einen Brief des Inhalts geschickt: „Ich ersuche Sie höflichst, mein Lokal nicht mehr zu besuchen". Durch diese Mitteilung fühlte sich der Adressat beleidigt, weil der Briefschreiber keinen Grund angegeben habe, der ihn zu seinem Vorgehen veranlaßte. Der Wirt erklärte, es sei sein gutes Recht, in höflicher Form jemand zu ersuchen, sein Lokal nicht mehr zu besuchen. Er habe nicht nötig, Gründe anzugeben. Das Gericht war anderer Meinung. In dem Umstande, daß keine Gründe für das Verbot angegeben seien, liege eine Beleidigung. Der Beklagte wurde zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt.

* **Kinderwagen auf der Promenade.** Im Einverständnis mit dem Magistrat werden noch folgende Promenaden-Fußwege zum Befahren mit Kranken- und Kinderwagen bis auf weiteres freigegeben: 1. die Promenade von der Graupenstraße bis zur Schweidnitzerstraße, 2. die Promenade von der Ohlauerstraße bis zur Breitestraße, diese Strecke jedoch nur bis 7 Uhr Abends, 3. die Promenade zwischen dem Ohlauufer und der Breitestraße. Durch Bekanntmachung vom 21. Dezember v. J. waren bereits freigegeben worden: 1. die Promenade a. an der Burgstraße von der Universitätsbrücke bis zum Ritterplatz, b. vom Ritterplatz bis zum Kaiserin Augusta-Platz mit Ausschluß des letzteren, c. von der Graupenstraße bis zum Königsplatz mit Ausschluß des letzteren, 2. alle Schmuckplätze und gärtnerisch angelegten Straßeninseln außerhalb des Stadtgraben-Promenadenrings, jedoch mit Ausschluß des Tauentzienplatzes, des Matthiasplatzes und der Anlagen am Moltkedenkmal, 3. alle Spielplätze die als solche bezeichnet sind, jedoch mit Ausschluß der Spielplätze auf der Holteihöhe, der Liebichshöhe und am Zwingergarten. — Erlaubnisscheine zum Befahren der gesperrten Teile der Promenade, nämlich: 1. der Promenadenstrecke von der Ohlauerstraße bis zur Schweidnitzerstraße einschließlich der Spielplätze auf der Liebichshöhe und am Zwingergarten, 2. des Kaiserin Augusta-Platzes nebst der Holteihöhe und dem dortigen Spielplatze, 3. des Königsplatzes, 4. des Tauentzienplatzes, 5. des Matthiasplatzes, 6. der Anlagen am Moltke-Denkmal werden fortan nicht mehr ausgestellt werden.

* **Brände.** Am 29. v. M. Abends bemerkte ein Schutzmann, daß aus den Fenstern eines verschlossenen Lagerschuppens, Mittelgasse 5, Rauch hervorquoll. Er verschaffte sich gewaltsam Einlaß und fand in einer Ecke einen Haufen brennende Wolle, Lumpen und Papier. Das Feuer wurde schnell erstickt. Da im Bodenraum große Mengen Heu und Stroh lagerten, konnte leicht ein großer Brand entstehen. Es dürfte Brandstiftung nicht ausgeschlossen sein. — Beim Spielen mit Streichhölzer in einer Wohnung Wilhelmsufer 2 wurden Möbel und Kleidungsstücke in Brand gesetzt. — In einer der letzten Nächte brach in der Putzwollefabrik Posenerstraße 44/46 Feuer aus, welches ein großes Quantum getrocknete Putzwolle erfaßte. Die Feuerwehr beschränkte den Brand auf seinen Herd. Nach kurzer Zeit waren die Flammen erstickt. Die Alarmierung war durch einen Wächter der Wach- und Schließgesellschaft erfolgt.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Tapezierer-Verband.** Folgende Abressen-Mendejungen sind eingetreten: Hugo Friedrich, Vorsitzender, jetzt Matthiasstraße 124, V. I. r. Max Friedrich, Kassierer, Augustastraße 23, Gartenhaus; Karl Pietsch, Bezirksleiter, jetzt Beuthen OS.

* **Achtung, Zimmerer!** Die Wahl des Gesellenausschusses zur ersten Innung findet am Mittwoch, Abends 7½ Uhr, im Lachmuthschen Lokal am Mauritiusplatz statt. Es ist Pflicht jedes organisierten Kollegen, der bei einem, der ersten Innung angehörenden Meister arbeitet, sich an der Wahl zu beteiligen.

Die Ortsverwaltung des Zimmerer-Verbandes.

* **Die Bausperre** über den Bau des Maurermeisters Adler, Berliner Chaussee, ist von seiten des Bauhilfsarbeiterverbandes aufgehoben. Die Ortsverwaltung.

Aus Schlesien und Posen.

Altwasser. 3. Juli. Ueber fortwährende Steigerung der Wohnungsmiete haben die Arbeiter hier wieder einmal sehr zu klagen. Beim diesmaligen Quartalswechsel erhielten eine Anzahl Mieter von ihren Vermietern die freudige Mitteilung, daß ihre Wohnungsmiete wieder gesteigert worden sei. Die Löhne aber bleiben die alten! Manche Familie weiß tatsächlich nicht mehr, wo sie das viele Geld für die Hausbesitzer aufbringen soll.

Mit der Preiserhöhung allein geben sich jedoch die Herren Hauspaschas nicht zufrieden. Dem obigen Schreiben, das gleich massenhaft vervielfältigt ist, fügen sie noch folgende „Bitte" an:

> „Das Züchten von Kaninchen bitte ich einzuschränken, resp. abzuschaffen, da ich die Wahrnehmung gemacht habe, daß Bretter wie Wände durch die Nässe Schaden nehmen und faulen, und daß auch das Ungeziefer überhand nimmt. Der Wirt."

Die „Bitte" könnte eine berechtigte genannt werden, wenn die Begründung derselben zuträfe. Wie uns aus Mieterkreisen mitgeteilt wird, tragen nicht die Kaninchen, sondern die Hauswirte an der Nässe, an dem Faulen und an dem Ungeziefer die Schuld. Sie weigerten sich hartnäckig, die Wohnungen kalken und somit von Schmutz säubern zu lassen, ebenso wie sie sich weigerten, die Oefen in Ordnung bringen und die Ursachen des Faulens beseitigen zu lassen. Die Hauswirte täten also besser daran, sich auf ihre Pflicht zu besinnen, anstatt den Mietern ein harmloses „Vergnügen", das vielfach eine notdürftige Einnahmequelle für sie bedeutet, zu mißgönnen!

Neueste Nachrichten.

Das Schiff der Revolution.

„Knjäs Potemkin" verließ Montag Nachmittags 1 Uhr 20 Min. mit dem ihn begleitenden Torpedoboot die rumänische Hafenstadt Konstanza und fuhr nordöstlich ins offene Meer hinaus. Während des Aufenthaltes des „Knjäs Potemkin" hatte der Matrose die Behörde von Konstanza benachrichtigt, daß viele von der Besatzung geneigt seien, sich zu ergeben (?) und beschlossen hätten, sobald das Schiff das offene Meer erreicht habe, es zu verlassen und an das Ufer zu schwimmen. Das daraufhin von den Behörden vorbereitete Rettungswerk wurde durch, daß die gesamte Bemannung mit dem Panzer weiterdampfte, unnötig. Die Haltung der Mannschaft während des Aufenthaltes des Dampfers in rumänischen Gewässern war durchaus ruhig. Als früh das russische Torpedoboot in den Hafen Konstanza einfahren wollte, feuerte der rumänische Kreuzer „Elisabeth" auf dasselbe, ohne zu treffen, worauf sich das Torpedoboot zurückzog.

Vernichten!

Der Torpedoboots-Zerstörer „Smetliwy" hat den Befehl erhalten, den „Knjäs Potemkin" aufzusuchen und ihn durch Torpedos zum Sinken zu bringen.

Der Torpedoboot-Zerstörer „Stremitelny" hat auf hoher See in der Nähe von Odessa den englischen Dampfer „Grant" angehalten und ihn nach Odessa gebracht. Hier wird energisch bestritten, daß das Schiff an der Meuterei des „Potemkin" beteiligt gewesen sei und gesagt, daß die Mitglieder der revolutionären Partei, die sich auf dem Panzerschiff befanden, auf den „Grant" übergesetzt seien.

Fünf Offiziere des Panzerschiffes „Fürst Potemkin" sind in Petersburg eingetroffen und vom Marineminister Avelan empfangen worden.

Der „Georgi Pobjedonoszew"

hat den Behörden angeblich eine Liste der Rädelsführer der Matrosenrevolte übergeben, die mittlerweile in der Zahl von 67 an Land gesetzt worden sind. Nach der Kapitulation leistete die Besatzung von neuem den Treueid, so versichert der amtliche Russenbericht. Die von Nikolajew eingetroffene Jacht „Erklik" brachte 17 Offiziere des „Pobjedonoszew" mit, die, als die Mannschaft sich mit der des „Kn. Potemkin" vereinigt hatte, nach Dofinowka transportiert worden waren, von wo sie sich nach Nikolajew begeben hatten. Es geht das Gerücht, daß sich einer der in Dofinowka gelandeten Offiziere erschossen habe.

Die „Petersburger Telegraphen-Agentur" dementiert auch den Aufstand auf dem „Minni". Sie telegraphiert ja bereits vor drei Tagen die Uebergabe des „Potemkin".

Militär-Aufruhr.

Auf dem Exerzierplatze in Cherson warf sich während des Exerzierens eine Anzahl von Soldaten des Disziplinarbataillons mit Bajonetten auf den Kapitän Mirgorodski. Dieser wurde leicht verwundet. Der Kommandeur des Bataillons, Oberst Davydow stürzte hinzu, mit gezogenem Säbel zu Hilfe und erhielt [illegible] Bajonettstiche. Trotzdem führte er das Bataillon [illegible] die Kaserne und schrieb dort an den Kaiser, sank aber [illegible] tot nieder. Von den an dem Verbrechen beteiligten Mannschaften sind acht geflohen, jedoch bis auf einen angeblich wieder gefangen worden.

Aus Warschau wird gemeldet: Am Sonntag wurde [illegible] Polizeiaufseher in der Aviastraße von drei jüdischen Arbeitern durch Schüsse und Dolchstiche ermordet. Die Täter entkamen.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

3. u. 4. Juli.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 [illegible]
Luftwärme (C.)	+ 24,5	+ 23,8	+ 19,[illegible]
Luftdruck bei 0° (mm)	753,0	753,4	754,6
Dunstdruck (mm)	18,1	15,6	12,8
Dunstsättigung (pCt.)	80	72	74
Wind (0—12)	NW 3	W 4	NW 2
Wetter	bewölkt.	zieml. heiter.	heiter.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. I. Kaufmann [illegible] Kollinke, evang., Hubertstraße 21, und Anna Feist, evang., [illegible]straße 81. — Arbeiter Paul Schelang, kathol., Ursulinerstraße [illegible] und Anna Blania, kathol., ebenda. — Restaurateur [illegible] Friedrich Karlstraße Nr. 48, und Bertha [illegible] evang., Taschenstraße Nr. [illegible]. — Schneider [illegible] Posenerstraße 76, und Gertrud [illegible], kathol., [illegible] 34. — Motorwagenführer Martin [illegible], kathol., Rendorfstraße 6a, und Berta Brauer, evang., Augustastraße 71. — Stuben[illegible] Brauer, kathol., Klosterstraße 110, und Bertha Rohn, kathol., [illegible]straße Nr. 93. — Schuhmacher Albert Kobimann, kath., Graben 27, und Emma Grunk, evang., Georgenstraße 11. — [illegible] Waldemar Kirchner, kath., Teichstraße 5, und [illegible] Steinitz, jüd., Gartenstraße 17. — Gutsbesitzer Julius Mitsche, [illegible] Neue Tauentzienstraße 24, und Anna Trautmann, evang., [illegible]straße 60. — Bahnschmied Stanislaus Winzer, kathol., Bahnstraße Nr. 21, und Bertha Hanke, geb. Dietzmann, evang., hier. IV. Proviantamts-Assistent Emil Berndt, kathol., Moritzstraße und Gertrud Merkmann, evang., Kaiser Wilhelmstraße Nr. 74. — Leitungsaufseher Paul Hirsch, evang., Oels, und Elfriede [illegible] kathol., Gräbschenerstraße 106 b. — Postbote Franz Welzel, kath., Siebenhufenerstraße 36, und Martha Lobe, evang., Lewaldstraße [illegible]. — Fleischer Fritz Dumke, evang., Augustastraße 122, und [illegible] Reichelt, evang., Moritzstraße 39. — Zuschneider Josef Stach, kath., Antonienstraße 37, und Gertrud Langer, kathol., Theresienstraße 7. — Barbier Hermann Schultz, evang., Lewaldstraße Nr. 25, und Hel[illegible] Erxleben, evang., Siebenhufenerstraße 36.

Geburten. II. Hilfsschaffner Ernst Richter, evang., T. — Tischlereiwerkführer Franz Reinelt, freirel., S. — Schmied [illegible] Kleinert, kath., T. — Schneidermeister Robert Seidel, evang., S. — Kaufmann Erich Fiedler, evang., S. — Arbeiter Wilhelm [illegible] evang., S. — Kaufmann Josef Heisig, kath., T. — Arbeiter [illegible] Blevid, evang., T. — Ausschenker Paul Peter, kath., T. — [illegible] Julius Rose, kath., S. — Schlosser Franz Klimke, evang., S. — Buchhalter Max Vogel, evang., T. — Steuererheber Karl Göldner, evang., S. — Geschäftsdiener Robert Sioi, evang., S. — Fleischer Viktor Koßmann, kath., T. — Arbeiter Paul Gotter, evang., T. — Bahnarbeiter Paul Martin, evang., T. — Schlosser Karl [illegible], evang., S. — Kutscher Hermann Wenzel, evang., T. — Arbeiter [illegible]

Josef Raihmann, kath., S. — Maurerpolier Richard Schulz, evang., S. — Apothekenbesitzer Dr. phil. Max Hoffmann, kath., S. — Geschäftsreisender Gottlieb Elbing, evang., T. — Kutscher Gustav Hauschild, evang., S. — Gelbgießer Max Weibel, kath., T. — Malermeister Otto Pelz, kath., T. — Bahnarbeiter Johann Händel, evang., S. — Schuhmacher Janatz Stepniewicz, kath., S. — Schuzmann Paul Koschela, kath., S. — Schlosser Robert Kuttke, kath., T. — Maurer Gustav Ossmann, kath., T. — Maurer Karl Koppka, evang., T. — Schmied Max Mandlowsky, evang., T. — Städt. Laternenwärter Karl Tatusch, evang., T. — Delikatessenhändler Albert Schwarz, evang., S. — Arbeiter Hermann Jäkel, evang., T. — Maschinist Wilhelm Höveler, evang., T. — Eisendreher August Becker, kath., T. — Hilfsweichensteller Ernst Mai, evang., S. — III. Ziegelmeister Otto Geppert, evang., S. — Lehrer Franz Englich, kath., S. — Arbeiter Josef Franz, evang., S. — Musiker Paul Jockisch, kath., T. — Arbeiter Emanuel Ulbrich, kath., T. — Maurer Franz Wolf, kath., S. — Handlungsgehilfe Alexander Walenski, kath., T. — Hausdiener Hermann Hader, evang., S. — Kaufmann Witold v. Baranski, kath., T. — Tischler Paul Wirsing, evang., T. — Arbeiter Paul Göbel, evang., T. — Arbeiter Heinrich Laube, kath., S. — Schlosser Wilhelm Haback, Diss., S. — Schlosser Franz Dillus, kath., T. — Schneidermeister Paul Spiller, evang., Sohn. — Tischler August Gerlach, evang., S. — Restaurateur Hermann Gottschling, evang., S. — Uhrmachermeister Paul Philipp, altluth., T. — Schuhmacher David Reinsch, altluth., S. — Maler Max Mendisch, kath., T. — Schneider Fritz Waltenberg, evang., S. — Arbeiter Friedrich Preuß, evang., S. — Steingutdreher Johann Klemm, kath., S. — Kaufmann Arthur Koch, jüd. S. — Schneider Robert Görlitz, evang., S. — Maschinenmeister Hermann May, evang., T. — Maschinenwärter Maximilian Heinold, kath., S. — Restaurateur Reinhold Ulbricht, kath., T. — Haushälter Paul Neumann, evang., S. — Schneider Friedrich Sabath, evang., Zw. (S.) Arbeiter Franz Schubert kath., S. — Bildhauer August Schneider, kath., S. — IV. Töpfer Josef Richter, kath., S. — Sattler Hermann Mende, evang., T. — Schlosser Paul Wuttke, evang., T. — Töpfer Karl Reisner, kath., T. — Klempner Gustav Mehnert, evang., (Zwillinge) Söhne. — Monteur Alfons Henke, vang., S. — Korbmacher, Hugo Stahr, evang., S. — Kaufmann Alfred Zacher, kath., T. — Kaufmann Paul Danziger, evang., T. — Bäckermeister Paul Seidel, kath., S. — Maurer Gustav Hoffmann evang., S. — Vizewachtmeister und Divisionsschreiber Gottlieb Lachmann, evang., S. — Postillon Paul Simon, kath., S. — Kaufmann Richard Berger, evang., S. — Oberkellner Stanislaus Spychalski, evang., T. — Agent Jakob Siebner, jüd., S. — Arbeiter Hermann Fochler, evang., S. — Straßenbahnschaffner August Nickel, kath., T. — Kaufmann Max Wesenberg, evang., S.

Todesfälle.

I. Früherer Bäckermeister Karl Heinrich Jaguisch, 46 J. — Drechslerwitwe Katharina Kabiersky, geborene Hebler, 74 J. — Restaurateur Friedrich Mangelsdorff, 30 J. — Kärtner Karl Benisch, 45 J. — Martha, T. des Arbeiters Franz Bischoff, 13 J. — Erich, S. des Arbeiters Ernst Korsawe, 2 Mon. — Arbeiter August Görisch, 61 J. — Näherin Marie Maly, 58 J. — Arbeiter Joseph Fellmann, 56 J. — Witfrau Auguste Baruch, geb. Kohler, 75 J. Tischlerswitwe Anna Bernitas, geb. Meiger, 68 J. — Verwitwete Rechnungsrat Emilie Renner, geborene Kühn, 67 Jahre. — Verw. Schieferdecker Johann Nickel, geb. Nickel, 73 J. — Arbeiter Robert Lattner, 25 J. — Landwirt Friedrich Pavel, 71 J. — Max, S. des Gelbgießers Gustav Brunzel, 4 Mon. — Frieda, T. des Straßenbahnschaffners August Bendler, 13 J. — Verw. Schuhmacher Rosalie Holländer, 68 J. — Verw. Glasermeister Luise Klatt, geb. Hübner, 51 J. — Elsbeth, T. des Steinsetzers Max Ciupa, 1 Tag. — Arbeiterin Klara Hetzel, 23 J. — Witwe Rosalie Schneider, geb. Hahn, 60 J. — Kellner Karl Kügler, 37 J. — Kontorist Otto Feistel, 30 J. — Witwe Johanna Münster, geb. Assig, 82 J. — Schneider Josef Hammerla, 49 J. — Restaurateur Gustav Neumann, 58 J. — Arbeiter Eduard Teichner, 46 J. — Witwe Eleonore Hahn, geb. Peter, 73 J. — Willy, S. des Schuhmachers Gustav Grisler, 1 Mon. — Verehel. Schuhmacher Pauline Stock, geb. Henschuch, 51 J. — Walter, S. des Schuhmachers Johann Hansel, 4 Mon. — Kurt, S. des Arbeiters Paul Troska, 8 Mon. II. Eisenbahn-Assistentenfrau Konstantine Manowski, geb. Jablonka, 22 J. — Alice, T. des Schneiders Max Ilgner, 4 Mon. — Gärtnerlehrling Oskar Vollenberg, 15 J. — Bäckermeisterswitwe Susanna Blümel, geb. Sperlich, 50 J. — Frieda, T. des Bahnschlossers Albert Walla, 10 Mon. — Else, T. des Haushälters Friedrich Michalske, 5 Mon. — Fritz, S. des Arbeiters Adolf Perutke, 8 Mon. — Frieberike, T. des Zuschneiders Thomas Kypta, 8 J. — Stanislaus, S. des Schuhmachers Janatz Stepniewicz, 50 J. — Margarete, T. des Maurer Karl Koppka, 1 Tag. — Gertrud, T. des Arbeiters Ernst Nonnaß, 7 Wochen. — Handelsmann Ernst Schroer, 73 J. — Arbeiter Paul Hippe, 34 J. — Erich, S. des Arbeiters Wilhelm Trappe, 18 Tage. — Max, S. des Maschinisten Johann Pilotek, 2 J. — Mathilde, T. des Kutschers Karl Aulig, 3 Tage. — Rentier Reinhold Kriebel, 76 J. — Postschaffnerswitwe Henriette Mende, geb. Weske, 68 J. — Paul S. des Arbeiters Josef Gruna, 16 Tage. — IV. Rentierswitwe Klara Guttentag, geb. Heymann, 79 J. — Zimmermeister Friedrich Bloch, 63 J. — Stubenmädchen Klementine Talge, 42 J. — Rentier Franz Jeron, 75 J. — Verw. Inspektor Agnes Donat, geb. Heimann, 70 J. — Rentier Julius Bogatsch, 64 J. — Verw. Kaufmann Franziska Klonka, geb. Zeisig, 79 J. — Richard, S. des Eisendrehers Richard Görlitz, 5 Wochen. — Klempnermeister Karl Teit, 51 Jahr. — Martha, T. des Arbeiters Paul Sprotte, 5 Tage. — Verw. Postschaffner Anna Riedel, geb. Gebel, 61 J. — Herbert, S. des Gerichtsdieners Wilhelm Jung, 20 Tage. — Auguste T. des Museumsaufsehers Hermann Knappe 8 Mon. — Postschaffnersfrau Theresia Zwiener, geb. Scholz, 72 J.

Quittung.

Bei der Agitationskommission gingen vom 1. Januar bis 3. Juli aus der Provinz folgende Beträge ein:

Alt-Warthau, Beitrag	7.—	Mk.
Liegnitz „	14.—	„
Goldberg „	6.10	„
Bunzlau, Kalender	95.—	„
Haynau „	57.—	„
Liegnitz „	190.—	„
Summa	369.10	Mk.

Briefkasten.

M. A., hier. Die Zivilliste Wilhelm II. beträgt 15 Millionen 719,296 Mark.

Karnthstraße. Die Kasse scheint sengrig zu sein, senden Sie uns einen Protokoll.

Radfahrer, Gottesberg. Wie wir bereits am Sonntag ausführlich mitgeteilt, können im Vereinskalender Anzeigen von Sport- 2c. Vereinen nicht mehr aufgenommen werden. Wir müssen Sie daher auf den Inseratenteil verweisen.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 4. Juli:

Fassadenputzer. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer Nr. 1.

Mittwoch, den 5. Juli:

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Donnerstag, den 6. Juli:

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Abends 8 Uhr: Bezirksführer-Zusammenkunft im Zimmer Nr. 1.

Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 und 4.

Freitag, den 7. Juli:

Arbeiter-Abstinentenbund. Abends 8 Uhr: Versammlung im Zimmer Nr. 5.

Montag, den 10. Juli:

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Zimmer Nr. 1.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).

Bezirk 2. Dienstag, den 4. Juni, Abends 8½ Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Zahlreicher Besuch erwünscht. Der Bezirksführer.

Distrikt III (Ober-Vorstadt).

Sonnabend, den 8. Juli, Abends 8½ Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder. Abrechnung der Bezirksführer. Marken und Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.

Der Distriktsführer.

Distrikt V (Scheitnig).

Dienstag, den 4. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im Distriktslokal. Recht zahlreiches Erscheinen wünscht

Der Distriktsführer.

Distrikt VI (Ohlauer Tor).

Bezirk 73. Dienstag, den 4. Juli: Zusammenkunft. Lokal wird noch bekannt gegeben. Der Bezirksführer.

Distrikt IX (Gabitz) (umfassend die Bezirke 91, 92, 93, 94, 95, 96.)

Bezirk 92—96. Mittwoch, den 5. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Wahl eines Bezirksführers für den 92. Bezirk. Bezirksteilung, sämtliche Bezirksführer und dessen Stellvertreter haben zu erscheinen. — Distriktslokal.

Der Distriktsführer.

Distrikt X (Pöpelwitz-Neukirch-Lissa.)

Bezirk 22. Mittwoch Abend 8 Uhr: Bezirksbesprechung im bekannten Lokal. Der Bezirksführer.

Bezirke 29 und 30 (Pöpelwitz). Dienstag, den 4. Juli: Zusammenkunft im Lokal B. Die Bezirksführer.

Distrikt XI (Obertor).

Sonnabend, den 8 Juli: Abrechnung für Bezirksführer. Kontrollkarten, Mitgliederverzeichnisse und vorhandene Marken sind mitzubringen. Der Distriktsführer.

Liegnitz. **Gewerkschaftskartell.** Donnerstag, den 6. Juli, Abends 8½ Uhr: Sitzung. Das Erscheinen aller Delegierten erwartet. Der Vorstand.

Tillendorf. **Wahlverein Bunzlau-Lüben.** Donnerstag, den 6. Juli, Abends 8 Uhr: Versammlung im Gasthof zur Stadt „Bunzlau". Tagesordnung: 1. Vortrag: „Generalstreik". 2. Abrechnung. 3. Die Wahl eines Bezirkskassierers des 1. Bezirks. 4. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwünscht Der Vorstand.

Bromberg. Versammlungslokal: Seppke, Thornerstr. 31. **Wahlverein.** Donnerstag, den 6. Juli, Abends 7½ Uhr: Versammlung.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Breslauer Nachrichten" und die Inserate: **Franz Klühs**; — für die Rubrik: „Aus Schlesien und Posen": **Robert Albert**; für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt" **Paul Löbe**. Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von **Oskar Schütz**; — Druck von **Th. Schatzky** G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. [Hierzu 1 Beilage.

Am 3. Juni d. Js. starb unser inniggeliebter Sohn

Otto

im zarten Alter von 3¼ Jahren und am 3. Juli folgte ihm sein Bruder

Erich

im Alter von 1¾ Jahren in den Tod nach.

Dies zeigt tiefbetrübt mit der Bitte um stille Teilnahme allen Freunden und Bekannten an

Reinhold Günther und Frau.

Am 2. d. Mts. entschlief nach langem Krankenlager unser werter Kollege und Mitarbeiter, der frühere Bohrer Herr **Carl Kirchner,** im Alter von 63 Jahren. Sein Andenken werden stets in Ehren halten die **Schlosser, Dreher und Maschinenarbeiter der Breslauer Aktien-Gesellschaft für Eisenbahn-Wagenbau**, Abteilung II. — Die Beerdigung findet Mittwoch, Nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle der Oswitzer Kirchhöfe aus, statt. 1731

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltung Breslau.

Bureau: Neue Oderstr. 13a, H. pt. — Fernsprecher Amt II, Nr. 9199.

Achtung! Achtung!

Wir ersuchen unsere Kollegen in allen Fällen, in denen sie Auskunft in 1729

Rechtsangelegenheiten

suchen, sich nicht mehr an das Arbeiter-Sekretariat, sondern an unser

Bureau: Neue Oderstraße 13a, H. part.

zu wenden. **Die Ortsverwaltung.**

Neu erschienen! Neu erschienen!

Von den im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts" unter dem zusammenfassenden Titel **„Kulturbilder"** herausgegebenen wichtigen Abschnitten aus der Kulturgeschichte beginnt soeben der zweite Band zu erscheinen.

Dieser Band behandelt:

Die Hohenzollern-Legende

von **Max Maurenbrecher.**

Jeder Band unserer Kulturbilder ist für sich abgeschlossen, so daß der Bezug dieses Werkes nicht das Abonnement auf die folgenden Bände notwendig macht.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht."

50 Lief. à 20 Pfg. **Wöchentlich 1 Heft.**

„In freien Stunden".

Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.

Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Nur diese Woche.

Saison-Ausverkauf!

Derselbe umfasst sämtliche in dieser Saison eingegangenen

Neuheiten in Damenkleiderstoffen.

Besonders empfehle ich:

Einen Posten

Reisekleiderstoffe, Etamine, glatt u. gemustert, Satintuche u. Cheviots } 110 cm breit, früher 2.50—3.75 Mk. **jetzt 1,25 Mk.**

Foulards, moderne Muster, früh. 2,75—3.50 Mk. **jetzt 1,— Mk.**

Einen Posten

Organdis, wundervolle Muster, Voile, nur Neuheiten letzter Saison, Etamine, bedruckt, aparte Dessins } 70/80 cm breit, früher 1.35—1.85 Mk. **jetzt 65 Pf.**

Damassé, reine Seide, früh. 2.50—3.00 Mk. **jetzt 1,25 Mk.**

1727

N. Berger, Ring 50.

Umtausch ausgeschlossen.

Sommer-Theater
(Liebichs Etablissement).
Direktion: Hermann Haller.
Mittwoch, den 5. Juli:
Eine Hochzeitsnacht
Schwank in drei Akten von Henri Kéraé und Albert Barré.
Deutsch von Bolten-Bäckers.
Im Garten:
Reindel-Konzert.

1 Opel-Fahrrad ist billig, für 25 Mk., zu verkaufen, Neue Graupenstr. 13, i. Keller, geg. Abend.

Verkauf gebr. **Möbel,** ganze **Stuben-Einrichtung** zu **20** bis **50** Mk. **Sofas, verschiedene Farben,** billig zu verkaufen **Friedrichstraße 61,** a. **Louisenplatz, Weber.** 1730

Diwan, 1658
2- u. 3teil., gut gearbeitet, elegante Ausführ., Pr. 45 Mk., Abzahlung a. Woche 1 Mk., Teilzahl. 12 bol.

Etablissement SCALA.
Nikolaistrasse 27.
Allabendlich 8 Uhr:
12 wirklich erstklassige Spezialitäten.
Unter anderem:
Der Kopfhänger Gobson.
Entree 10 Pfg.
Im kleinen Saale:
Die Hungerkünstlerin Frl. Marie Buschart
Tag und Nacht zu sehen.
Heute 3. Tag.

Kaufe gebr. **Möbel,** ganze **Wohnungs-Einrichtung** gegen sofortige Zahlung, **Gartenstraße 36, Wahler.** 1730

Alte künstliche Zähne und Zahnreste kauft 1659 **L. Sirchner, Antonienstr. 34.**

Hopf & Görcke
Brauerei-Ausschank
Gräbschen.
Jeden Sonntag, jeden Mittwoch Grosses Konzert
Tanz im Saal.
Entree 10 Pf. Anfang 5 Uhr.
1280 **H. Pohl.**

Herren- und Knaben-Anzüge
in größter Auswahl. 1039
Hitzableiter * Schul-Anzüge
waschbar in allen Preislagen.
Gustav Knauerhase Nachfolger **Oskar Dehmel**
Breslau, Neumarkt 45, ptr. und 1. Etg.

„Der wahre Jakob".
Sozialdemokratisches Witzblatt.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Beilage zu Nr. 153 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 5. Juli 1905.

Ein Kapitel für den deutschen Höfling und Russendiener Bülow.

Im österreichischen Abgeordnetenhause brachte der sozialdemokratische Abgeordnete Daszynski am Montag die grausigen Greuel von Lodz zur Sprache. Die notwendige Gelegenheit schuf er sich durch einen Dringlichkeitsantrag, welcher die Regierung auffordert, „die politischen Flüchtlinge, die in den Grenzen Oesterreichs Schutz vor den Verfolgungen der absoluten russischen Regierung suchen, menschlich zu behandeln und das in allen zivilisierten Staaten geachtete Asylrecht nicht zu verletzen“. Genosse Daszynski begründete den Antrag in einer markigen Rede, die schon als Beweis, um wie vieles es mit der Redefreiheit im österreichischen Parlament besser bestellt ist als in anderen an Rußland nicht bloß territorial angegrenzten Staaten von Interesse ist. Der sozialdemokratische Abgeordnete führte aus:

Wir sind an einem beträchtlichen Teile unserer Grenzen die Nachbarn eines absolutistisch regierten Riesenstaates, der sich jetzt in revolutionären Zuckungen windet, aus welchen hoffentlich eine neue, den Völkern die Freiheit bringende Staatsform entstehen wird. Es kann uns nicht gleichgiltig sein, ob die mächtige revolutionäre Bewegung und auch die Orgien der Reaktion gegen sie, die in neue Flinten von Männern, Frauen und Kindern auf unser Gebiet hinüberwerfen, in der einen oder anderen Form vor sich geht. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß an der nördlichen Grenze unseres Reiches ganze Scharen ruhiger Einwohner als politische Flüchtlinge erscheinen, daß diese Scharen unschuldiger Menschen hier Asyl und Schutz suchen werden. Es hieße ebenso grausam wie die mordende Soldateska sein, wenn man sich diesen Erscheinungen gegenüber auf den polizeilichen Standpunkt stellen, das Asylrecht in einer solchen Zeit nicht hochhalten würde, wo jeder zivilisierte Staat es sich zur Ehre rechnen muß, den Bedrängten ein Asyl zu bieten. . . .

Die Grausamkeiten des Krieges werden vom Militär des Zaren gegen die Untertanen des Zaren verübt. Wenn man die Zahl der Toten, der Verwundeten liest, erstarrt man ob des Anblickes solcher Grausamkeiten. Wo ist ein Europäer, der dagegen nicht lauten Protest erheben wollte! Wo aber ist ein zweiter Roosevelt, der sich Lorbeeren als Vermittler suchen will? Das ist die jahrtausendelange Mühe, in welcher die Menschheit sich ihre Würde und Kultur erobert hat! Es wäre sehr traurig um uns bestellt, wenn wir, die unmittelbaren Nachbarn, nicht passende Worte des Protestes, der Entrüstung fänden. . . . Sie werden nicht umhin können anzuerkennen, daß sich hier ein Stück Geschichte des polnischen Volkes abspielt, daß die tragischsten Abschnitte der Geschichte dieses Volkes hier ausgefochten werden. Dort, wo ganze Städte in Aufruhr sind und Hunderttausende von Menschen der bewaffneten Macht gegenüber in Einigkeit dastehen, kann von keiner Klassen- oder Parteibewegung die Rede sein, sondern nur von einem heiligen Kampf um die Existenz, von einem Ringen um die Freiheit und um die Zukunft. Und werden Sie in diesem Ringen auf Seite der Gewalt, der Henker sein? Jeder muß anerkennen, daß diese Hekatomben der Arbeiterleichen, diese Ströme von Blut nicht umsonst fließen werden, daß dieses gewaltige Ringen das polnische Volk zu einem Heldenvolk machen, daß die Zukunft auf Seite dieses Volkes sein wird . . .

Der Appell des Sozialdemokraten war nicht vergeblich: der Antrag, den jeder als den Ausdruck der Empörung über das unmenschliche Treiben der zarischen Soldateska nahm, wurde fast einstimmig angenommen. Von dem größten internationalen Interesse war aber die Stellung der österreichischen Regierung. Da stand kein Justizminister auf, um das aufreizende Wort zu sprechen, wonach die Sache der russischen Reaktion die Sache der europäischen Kultur sei; kein Ministerpräsident wagte die russischen Flüchtlinge als „Schnorrer und Verschwörer“ zu höhnen, und kein Minister des Innern verkündete die Solidarität der österreichischen Regierung mit den Schergen des Zaren. Sondern der Minister des Innern, Graf Bylandt-Rheidt, erklärte sich mit dem Antrag im Wesen einverstanden und bemerkte in sachlichen und höflichen Worten:

Bis seit zirka einem Jahre hat sich die Einwanderung aus Rußland in unsere Grenzländer, insbesondere in das Königreich Galizien, in auffallendem Maße vermehrt. Die private Wohltätigkeit hat hier mit voller Kenntnis der Behörden eingegriffen, und es ist ihr gelungen, in sehr vielen Fällen den Notstand unter den Eingewanderten zu lindern und auch in den überwiegend meisten Fällen die Weiterreise der Eingewanderten zu ermöglichen. Die Behörden haben dort, wo sie gezwungen waren, die Fremdenpolizei und die Gesetze gegen Ausweislose anzuwenden, diese Gesetze stets in der rücksichtsvollsten Weise gehandhabt und haben in jedem einzelnen Falle auf die Bedeutung und auf das Individuelle des Falles Rücksicht genommen. Eine Abschaffung an die russische Grenze hat in keinem Falle stattgefunden, und zwar schon mit Rücksicht darauf, daß das seiner Zeit bestandene Deserteurkartell aufgehoben ist. Ich glaube hier die Versicherung geben zu können, daß die Regierung und die Behörden, insbesondere die Behörden Galiziens, die hier in erster Linie in Frage kommen, den Einwanderern gegenüber stets mit der größten Humanität und Rücksicht vorgegangen sind, und daß sie daher einer besonderen Aufforderung, wie sie in dem hier zur Verhandlung stehenden Dringlichkeitsantrage gelegen ist, nicht bedurft hätten, um auch in Zukunft in gleicher Weise vorzugehen.

Oesterreich ist kein England und keine Schweiz und muß sicherlich auf Rußland und auf die Stimmungen der russischen Politik mindestens so viel achten wie etwa Preußen. Die Erklärung des österreichischen Ministers beweist also, daß es nicht internationale Verpflichtungen sind, die anderswo zu so grausamer und gehässiger Auffassung des Asylrechtes geführt haben. . . .

Sechster Internationaler Textilarbeiter-Kongreß.

Mailand, 28. Juni.

Zunächst wird über die eingebrachten Resolutionen betreffs Verkürzung der Arbeitszeit abgestimmt. Die bereits veröffentlichte Resolution Deutschlands wird angenommen. Eine von französischer Seite eingebrachte Resolution wurde abgelehnt.

Der nächste Punkt behandelt das metrische Garnnumerierungs- bezw. ein einheitliches System.

Belgien bringt (im Gegensatz zu den früher gefaßten Beschlüssen) einen Antrag ein, durch den man sich, weil es das weitverbreitetste sei, für das englische Yardsystem erklärt.

Deutschland läßt durch Wagner-Chemnitz erklären, daß ein derartiger Antrag unannehmbar sei, da sich der Züricher Kongreß bereits für das metrische System erklärt habe.

Frankreich läßt durch Renard erklären, daß sie sich ebenfalls für das metrische System entscheiden, da ihre Abgeordneten sich schon in der Deputiertenkammer dafür verwendet und die gesetzliche Einführung des metrischen Systems gefordert hätten.

England erklärt sich im Prinzip für ein einheitliches System, da jedoch das Yardsystem am weitesten verbreitet sei, werde dessen Abschaffung nicht leicht durchzuführen sein, jedoch empfiehlt der englische Delegierte, daß sich der Kongreß heute noch nicht für ein bestimmtes System festlegt. Ein dementsprechender Antrag wird abgelehnt.

Der Kongreß stimmt sodann für das metrische System. England und Belgien enthalten sich der Stimme.

Aus Gent ist ein Schreiben eingegangen, daß sich seit letzten Donnerstag die dortigen Textilarbeiter (3000 Mann) im Streik befinden und deshalb von einer Beschickung des Kongresses absehen mußten.

Hierauf wird zum folgenden Punkt der Tagesordnung: Abschaffung der Ueberzeitarbeit geschritten. Das Referat hat England (Allen Gee-Yorkshire) übernommen. Derselbe führt aus, daß in der schärfsten Verurteilung der Ueberzeitarbeit wohl nur eine Aussicht auf dem Kongreß vorhanden sei. Selbst in dem so gepriesenen England habe man nur gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Frauen, Kinder und Halberwachsenen erlassen. Die Männer können unbeschränkt ausgebeutet werden, soweit sie sich durch ihre Organisation nicht selbst eine Besserung verschafft hätten. Es handele sich nicht darum, viele Worte zu machen, sondern um den Weg zu finden, solche Mißstände zu beseitigen, das sei nur durch den Parlamentarismus möglich. Auch der internationale Sekretär schließt sich diesen Ausführungen an.

In gleicher Weise erklärt sich Oesterreich (Bekarz-Wien): Er weist darauf hin, daß nur durch eine straffe Organisation Abhilfe zu erwarten sei. Ein englischer Delegierter der Trades Unions spricht sich gegen die Ansicht aus, als ob die Gewerkschaften nicht allein in der Lage seien, diese Mißstände zu beseitigen. Wo die Organisationen stark seien, habe man die Ueberarbeitzeit schon beseitigt.

Frankreich erklärt sich für die Resolution.

Italien erklärt durch einen anarchistischen Delegierten, daß sie von der Gesetzgebung nichts zu erwarten hätten. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der Resolution, die die Arbeiter auffordert, an die gesetzgebenden Körperschaften zu appellieren, die Mißstände der Ueberzeitarbeit nicht nur für Frauen und Kinder, sondern für alle Arbeiter zu beseitigen.

* * *

Mailand, 29. Juni.

Heute präsidiert Frankreich. Vor Eintritt in die Verhandlungen betont Renard-Lille, daß er es sich zur besonderen Ehre schätze, auf diesem internationalen Kongresse mit den Deutschen an einem Friedenswerke zu arbeiten zur selben Zeit, wo die Chauvinisten beider Länder zu einem Kriege hetzen. Er überbringe besonders den Deutschen die Grüße ihrer französischen Brüder.

Die Vormittagssitzung wurde mit der Beratung über „Die Aufhebung des Stücklohnes“ ausgefüllt. Der Referent Turner-England (sozialistische Gruppe der Textilarbeiter) geht zunächst speziell auf die englischen Verhältnisse näher ein und verurteilt die schädlichen Wirkungen des Akkordsystems, das, vom physischen und von wirtschaftlichen Standpunkt ausgehend, scharf zu verurteilen sei. Eine diese Ansichten zum Ausdruck bringende Resolution wird von englischer Seite eingebracht.

Die Abstimmung ergab, daß die Resolution, mit Ausnahme der Verurteilung des Akkordsystems (gegen diesen Teil stimmte eine Anzahl Engländer), in ihren übrigen Teilen einstimmig angenommen wurde.

Bei Beginn der Nachmittagssitzung brachten die französischen Delegierten einen Protest gegen die bürgerliche Presse Italiens ein, die total entstellte Berichte von den Verhandlungen des Kongresses verbreite. Der Kongreß stimmt dem lebhaft zu, worauf sämtliche Vertreter dieser Blätter den Kongreß verlassen.

Hierauf wird in die Verhandlungen über die Forderung betr. Arbeitsruhe vom Sonnabend Nachmittag bis Montag früh 6 Uhr eingetreten. Von England wird diese Forderung damit begründet, daß in einzelnen Teilen Englands dieselbe bereits eingeführt sei. Belgien erklärt sich für diese Forderung, wünscht jedoch den Beginn der Arbeit am Montag erst 8 Uhr früh festzusetzen. Frankreich und Italien geben Erklärungen im gleichen Sinne ab. Auch Deutschland verspricht für diese Forderungen einzutreten, obgleich, wie Wagner-Chemnitz ausführt, in Deutschland, ebenso wie in Italien noch viel Schwierigkeiten bis zur Erfüllung dieser Forderungen zu überwinden seien. Die Schweiz läßt durch ihren Vertreter, Pfarrer Eugster, erklären, daß sie ebenfalls diese Forderungen unterstütze, obgleich sie jetzt noch um den gesetzlichen Zehnstundentag kämpfen muß.

Die betr. Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ueber die Abrechnung des internationalen Sekretärs und dessen Tätigkeit entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in welcher u. a. beantragt wurde, in geheimer Sitzung zu tagen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Vertreter der bürgerlichen Presse sind wieder zurückgekehrt.

Da die Uebersetzungen und Vervielfältigungen der Abrechnung noch nicht vollständig erledigt sind, wird die Sitzung auf Freitag vertagt.

Rußland und Japan.

Auf dem Wege zum Frieden.

In tödlicher Verlegenheit befinden sich angesichts der Revolution, die nun auch die Flotte ergriffen hat, diejenigen Kreise in Rußland, die die Verantwortung dafür tragen, daß man dahin gelangt ist. Aus Petersburg meldet ein Privat-Telegramm:

Angesichts der immer bedrohlicher werdenden Lage im Innern und der Ausbreitung der aufständischen Bewegung hat die Kriegspartei in der Umgebung des Zaren jeden Einfluß verloren. Der Zar soll einer hohen Persönlichkeit gegenüber erklärt haben, daß er nunmehr beabsichtige, um jeden Preis mit Japan Frieden zu schließen und sich persönlich um die Herstellung der Ruhe und Ordnung im Innern des Landes bemühen werde.

Wir fürchten, diese „Bemühungen“ des hohen Herrn werden nicht mehr irgend welche nennenswerte Erfolge haben; es dürfte zu spät sein.

Aus aller Welt.

Kulturbilder aus der Kaserne. Ein „Breidenbach“ stand in der Person des 1884 geborenen Unteroffiziers Hermann Fritz Erler von der 7. Kompagnie des Schützenregiments Nr. 108 vor dem Kriegsgericht der 3. Division Nr. 32 in Dresden. Erler verließ erst vor etwa Jahresfrist die Unteroffizierschule zu Marienberg. Sein Abgangszeugnis war selten ungünstig; er wurde darin als ein harter und roher Charakter bezeichnet. Trotzdem er sich, zur aktiven Truppe versetzt, nicht besserte, erfolgte seine Beförderung zum Unteroffizier und im Herbst 1904, nach Einstellung der Rekruten, wurde ihm sogar eine Korporalschaft zur Ausbildung anvertraut. Diesen Posten benutzte er dazu, fast sämtliche Leute seiner Korporalschaft tagtäglich zu quälen und zu peinigen. Die Anklage lautete auf Mißhandlung, vorschriftswidrige Behandlung und Beleidigung von Untergebenen. Bei der systematischen Leuteschinderei, die der „Stellvertreter Gottes“ beliebte, und der Häufigkeit der einzelnen Roheitsdelikte ist es unmöglich gewesen, auch nur annähernd eine bestimmte Zahl von Fällen anzugeben. Wie aus den Zeugenaussagen hervorging, war es beim Angeklagten ganz und gäbe, die Leute zu beschimpfen, zu ohrfeigen, auf den Kopf oder ins Gesicht zu schlagen, an den Ohren zu ziehen oder ihnen auf andere Weise Schmerzen zuzufügen. Auf die Einzelheiten konnten sich die Zeugen bei den tagtäglichen Brutalitäten des Unteroffiziers zum Teil gar nicht mehr besinnen. Immerhin ergab sich aus der Beweisaufnahme noch genug, so daß sich die Feder sträubt, all die vom Angeklagten begangenen **Scheußlichkeiten** wiederzugeben. Nur einige Fälle mögen herausgegriffen sein. Dem Schützen Lindner versetzte der Korporal am Tage der Bataillonsbesichtigung **zwei kräftige Ohrfeigen**, weil dieser auf Anruf nicht schnell genug gelaufen kam. Höhnisch bemerkte er dazu, er werde ihn schon an militärische Zucht und Ordnung gewöhnen, **Schellen gehörten dazu**. Als eines Tages der Soldat Kießling entgegen den Vorschriften Wasser vom Schlafsaal holte, erwischte ihn der Unteroffizier. Mit den Worten: „Was machen Sie hier, **Sie Schwein!**“ schlug er den Mann **zweimal mit der Faust ins Gesicht**. Den Soldaten Seidenfaden stieß er, weil er nicht schnell genug zum Gewehreinigen antrat, zur Türe hinaus, schimpfte ihn einen elenden Mistkrüppel und drohte ihm, das Seitengewehr durch den Wams zu rennen. Beim Turnen **faßte er den Rekruten Vogtländer am Ohr und drehte es gewaltsam herum**, so daß es tüchtig blutete und erst nach einigen Tagen verheilt war. Während des Exerzierens auf dem Heller hatte der Schütze Weiß nicht die richtige Stelle eingenommen, worauf ihn der rohe Patron am Ohr nach der letzteren hinzog und ihm eine blutende Wunde beibrachte. **In einer kalten Wintersnacht jagte der Korporal gegen 2½ Uhr die ganze Korporalschaft aus den Betten**, weil sein Bett nicht ordentlich gemacht worden war. Nur mit dem Hemd bekleidet, mußten zwei Leute das Bett nochmals machen und wieder einreißen, während die übrigen Mannschaften so lange — etwa eine halbe Stunde — am Fenster, ebenfalls im Hemd, stillstehen mußten und natürlich tüchtig frören. Typisch für die Art und Weise, wie Erler mit den Leuten umsprang, ist auch die Behandlung des Schützen Schiebold. Dieser hatte beim Exerzieren etwas nicht richtig gemacht. Darauf ging der Angeklagte auf ihn zu und versetzte ihm, ohne ein Wort zu sagen, mit der Faust einen heftigen Schlag gegen das Kinn, so daß das Zahnfleisch blutete und der Mann lange Zeit starke Schmerzen hatte. Weil er in der Instruktionsstunde eine Frage nicht beantworten konnte, mußte der Schütze Müller IV über **200 Mal Schemel strecken und Knie beugen**, bis er schwitzte und ermattet war. Wiederholt hat der Angeklagte die ganze Korporalschaft oder einzelne Leute damit schikaniert, daß er an den Sonntagnachmittagen den Schlafsaal in Ordnung bringen und Stube und Abort scheuern ließ, so daß den Leuten ihre freie Zeit verloren ging, sie ihr Mittagessen nicht einnehmen konnten oder schmutzig zum Dienste antreten mußten. Der Soldat Seidenfaden hatte sich nach dem Einrücken vom Dienst auf den Abort begeben und sollte sich dann nicht schnell umgekleidet haben. Zur Strafe mußte er dafür wiederholt Drillich- und Tuchanzug anlegen, worauf er, obgleich seit längerer Zeit leidend, wohl ca. achtmal die Treppen bis zum zweiten Stockwerk hinauf- und hinuntergejagt wurde, wobei E. ihm zurief: „Hund verdammter, wenn Du nicht schnell machst, wirst Du sehen, was passiert!“ Am nächsten Morgen meldete sich S., der gleich nach dem Vorfall bedeutend heftigere Schmerzen empfand, krank; er wurde darauf wegen **Brustfellentzündung** ins Lazarett geschafft. Dort befindet er sich noch jetzt; zu seiner völligen Wiederherstellung soll er in den nächsten Tagen nach Glasewaldts Ruhe gebracht werden. Wahrscheinlich ist die Verschlimmerung des Leidens auf die **brutale Behandlung** durch den Angeklagten zurückzuführen, wenn auch der Sachverständige erklärte, daß sich hierfür bei der Untersuchung ein Anhalt nicht ergeben habe. Noch schlimmer ist es fast dem Soldaten Tomalsky ergangen, der unter den Launen des Angeklagten besonders zu leiden hatte. Mittels Droschke mußte er, um als Zeuge erscheinen zu können, vom Garnisonlazarett nach dem Gerichtsgebäude transportiert werden. Ein schwächlich gebauter Mensch, war T. innerhalb kurzer Zeit sehr oft krank gewesen und deshalb in der Ausbildung zurückgeblieben. Dafür wurde er nun vom Angeklagten besonders scharf drangenommen. Brachte er irgend etwas nicht fertig, so ließ er ihn **längere Zeit hintereinander hinlegen und aufstehen, Knie beugen oder Gewehr strecken**, so daß der Aermste die größten Schmerzen empfand und völlig erschöpft nicht mehr weiter konnte. „Du Hund, ich schnicke Dich, bis Du vollends verreckst!“ so hatte ihm der Gemütsmensch einmal dabei zugerufen. Tromalsky ist, wie bemerkt, jetzt noch krank, doch soll es auch hier wieder an einem sicheren Nachweise fehlen, daß Krankheit und schlechte Behandlung im Zusammenhange stehen. Drei andere Rekruten, die Schützen Pommer, Schwabe und Bohley, mußten sich eines Tages auf dem Heller aus einem geringfügigen Anlaß **in eine Regenpfütze legen und ca. 15 Schritt weit hindurchkriechen**, so daß die Leute über und über schmutzig waren und der Angeklagte hieran seinen Spaß hatte. Wer weiß, wie lange noch der Angeklagte seine Grausamkeiten fortgesetzt haben würde, wenn nicht durch Zufall das skandalöse Treiben des Rekrutenerziehers zur Kenntnis eines Vorgesetzten gelangt wäre. Bezeichnend ist, daß nicht einer von den mißhandelten Leuten den Mut fand, sich zu beschweren. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß der Angeklagte sich damit verteidigte, aus übergroßem Diensteifer (!) zu weit gegangen zu sein. Als jüngstem Unteroffizier sei ihm die Ausbildung der Leute doppelt schwer gefallen. Das Gericht nahm nur eine einzige, im Fortsetzungszusammenhange begangene Handlung an und erkannte auf ein Jahr drei Monate Gefängnis und auf Degradation.

Das ist für derartig unerhörte Quälereien immer noch eine milde Strafe.

Nun der zweite Fall! Vor dem Kriegsgericht der 2. Gardedivision in Berlin spielte sich ein interessanter Mißhandlungsprozeß ab. Auf der Anklagebank saß der Unteroffizier Fliege von der 11. Kompagnie des Kaiser Alexander-Gardegrenadier-Regiments Nr. 1, der sich wegen vorsätzlich körperlicher Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung des Rekruten Menke zu verantworten hatte. Am Pfingstsonntag waren während des Gottesdienstes mehrere Füsiliere, darunter Menke, eingeschlafen. Als der Unteroffizier den Menke hierüber zur Rede stellte, stritt der Füsilier mehrere Male ab, geschlafen zu haben. Schließlich gab er es jedoch zu. Der Unteroffizier bestellte ihn hierauf auf seine Stube und versetzte dem Untergebenen dort mit der Faust mehrere Backenschläge, so daß die linke Backe etwas anschwoll. Mit einem Besenstiel schlug der Vorgesetzte dann dem Rekruten mehrere Male auf den linken Oberschenkel, welcher von den Mißhandlungen rote Flecke aufwies.

In der Verhandlung vor dem Kriegsgericht führte der Vertreter der Anklage (Kriegsgerichtsrat Cruse) aus, daß man sehr oft erlebe, daß Mißhandlungen unter vier Augen vorkämen. Es sei **empörend, wenn erwachsene Menschen geschlagen würden**; diese seien keine Schuljungen mehr. Das müßten sich die Herren Unteroffiziere sagen, daß die Kehrseite der Mißhandlungen von Untergebenen der tätliche Angriff durch die Untergebenen sei, und während der Unteroffizier mit acht Tagen Mittelarrest davonkäme, werde der Untergebene **bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft**. Es sei sehr schwer für einen 23jährigen Menschen, mit den Händen an der Hosennaht **sich von einem blutjungen Unteroffizier hinter die Ohren schlagen zu lassen**.

Bezüglich der Wahl der russischen und der japanischen Bevollmächtigten heißt es, daß die Japaner darauf beständen, die Vertreter mit Vollmachten zum Abschluß eines dauernden Friedensvertrages auszustatten und die Verhandlungen im Geiste vollkommener Aufrichtigkeit zu führen. Infolge dessen sollen einige Verzögerungen bei der Wahl der Vertreter eingetreten sein. Japan deutete an, daß der Kaiser seinen Vertreter nicht gestatten würde, in eine bloße Versuchskonferenz einzutreten. Präsident Roosevelt nahm einen ähnlichen Standpunkt ein, daß nur durch die Ausstattung der Bevollmächtigten mit unbeschränkter Vollmacht dauernd der Friede herbeigeführt werden könnte. Zum Zwecke der Erlangung der Einwilligung hierzu machte er dringende Vorstellungen in St. Petersburg, da er den Vorschlag der Japaner für zweckentsprechend erachte.

In der Mandschurei

erfolgen die Japaner entschlossen ihr Ziel. Das muß selbst Kuropatkin bestätigen, wenn er meldet:

Am Morgen des 29. Juni drängten die Japaner sehr energisch gegen Beihe vor. Unsere Vorposten zogen sich zurück. Nachdem Verstärkungen unsererseits eingetroffen waren, drang der Gegner noch im Laufe desselben Morgens zurück. Die Japaner rückten von Nantschantschensi bis Lokutschan und von Tschentsi bis Wanhegou vor.

„Daily Telegraph" läßt sich aus Schanghai telegraphieren: Die Japaner rücken gegen Wladiwostok vor! Man glaubt, daß es in der Nähe des Tiumenflusses zu einer Schlacht kommen werde.

Partei-Angelegenheiten.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitages findet der diesjährige in Jena statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Parteiorganisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 17. September,

abends 7 Uhr, nach Jena, in das Lokal „Volkshaus", Karl Zeißstraße, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 17. September, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung. Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Montag, den 18. September, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
   Berichterstatter: H. Molkenbuhr und A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrollkommission.
   Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.
   Berichterstatter: H. Förster.
4. Die Parteiorganisation.
   Berichterstatter: G. v. Vollmar.
5. Die Maifeier.
   Berichterstatter: R. Fischer.
6. Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.
   Berichterstatter: A. Bebel.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes nächsten Parteitages.

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an Euch die Aufforderung, die Vorarbeiten für den Parteitag — also die Wahl der Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig zu fördern.

Die Anträge müssen spätestens am 27. August in dem Besitze des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

sein, wenn sie, entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz II der Parteiorganisation, im „Vorwärts" veröffentlicht und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen bezw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstande und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und event. weitere Mitteilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Hermann Leber, Jena, Marienstr. 26.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau

J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

zu beziehen. Der Versandt erfolgt vom 21. August an.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts", noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive verbietet sich aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, den 3. Juli 1905.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Maifeiernachspiele in Thüringen. Mehr als ein Dutzend Strafmandate sind auf die bekanntesten Erfurter Parteigenossen niedergeregnet, weil sie angeblich am 1. Mai an einem nicht genehmigten „öffentlichen Aufzuge" teilgenommen haben.

Der Bezirksdirektor von Eisenach hat eine Beschwerde gegen das Verbot des Maifeier-Umzugs und -Kommerses mit der Begründung zurückgewiesen, mit der Maifeier bezwecke die sozialdemokratische Partei, eine Partei mit unzweifelhaft revolutionären Tendenzen, nichts anderes, als die bestehende Staatsordnung in demonstrativer Weise öffentlich zu verspotten und zu bekämpfen.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens hat, wie der kürzlich erschienene Jahresbericht von 1904 zeigt, im vorigen Jahre einen starken Zuwachs erhalten. Die Zahl der Arbeiterkommunen, der lokalen Kartelle, die den Grundstock der Partei bilden, ist von 95 mit 761 Vereinen und 54,552 Mitgliedern, auf 112 mit 804 Vereinen und 64,835 Mitgliedern gestiegen, also in dem einen Jahr ein Gewinn von 10,283 Mitgliedern. Die Arbeiterkommune von Stockholm zählte am Jahresschluß 20,238 Mitglieder, die von Malmö 9131, Göteborg 4786, Eskilstuna 2898, Helsingborg 2049, Lund 1361, Landskrona 1401. — Die Einnahmen der Partei beliefen sich auf 87,779.52 Kronen, die Ausgaben auf 87,178.46 Kronen. Der Kassenbestand betrug am Jahresschluß 51,622.64 Kronen. Der Broschürenverlag der Partei ist durch die Herausgabe folgender neuer Werke vergrößert worden: „Der sozialistische Zukunftsstaat", „Die Landarbeiter und der Sozialismus", „Nieder mit dem Akordgesetz!" (Zwangsgesetz gegen die Gewerkschaftsbewegung), „Sozialdemokratische Silhouetten" und „Ferdinand Lassalle". Im Jahre 1904 wurden im ganzen 69,574 Broschüren und Bücher abgesetzt, im Jahre 1903 nur 37,704. Auch hierin zeigt sich der mächtige Fortschritt der Partei und der sozialdemokratischen Idee.

Arbeiterbewegung.

Der Ausstand in der Dresdener Zigaretten-Industrie ist durch die Annahme nachstehender Vereinbarungen beendet worden:

Auf der zwischen Herrn Reichstagsabgeordneten Meister-Hannover und Herrn Syndikus Schloßmacher-Frankfurt a. M. verabredeten Grundlage ist heute zwischen der Versammlung des Arbeitgeberverbandes der Zigarettenindustrie für Dresden und Umgegend und der Versammlung der ausständigen Zigarettenarbeiter und -Arbeiterinnen folgende Vereinbarung getroffen worden:

1. Die dem Tabakarbeiter-Verband als Mitglieder angehörenden Zigarettenarbeiter und -Arbeiterinnen bilden zunächst eine besondere Sektion des Tabakarbeiter-Verbandes unter eigener Sektionsleitung, die aus Zigarettenarbeitern oder -Arbeiterinnen der beteiligten Betriebe bestehen muß. Diese Sektion hat als Organisation der Zigarettenarbeiter und -Arbeiterinnen zu gelten, mit der es gegebenenfalls die Arbeitgeber zu tun haben.

Die endgiltige Genehmigung hierzu muß der Generalversammlung des Tabakarbeiter-Verbandes vorbehalten werden.

Die Arbeitgeber lassen demgegenüber ihre Forderung des Austritts aus dem Tabakarbeiterverband fallen.

2. Jede Agitation der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fabriken (Anwerbung von Mitgliedern, Verteilung von Drucksachen, Einkassierung der Beiträge) sowie alle Gehässigkeiten der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen gegen nichtorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen bezw. gegen Arbeitswillige und umgekehrt innerhalb und außerhalb der Fabriken haben zu unterbleiben. Zuwiderhandelnde können vom Arbeitgeber sofort entlassen werden.

Die Arbeitgeber versprechen, keinerlei Maßregelung der am Streik beteiligt gewesenen Arbeiter und Arbeiterinnen und insbesondere auch der Leiter des Ausstandes eintreten zu lassen, vielmehr die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche im Ausstand befindlich sind, wieder zu beschäftigen, insoweit die vorliegenden Aufträge bezw. die allgemeine Geschäftslage dies gestatten.

Dies versteht sich so, daß vom Abschluß des Vergleiches an bis zum 30. September in erster Linie die beim Ausstand beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Einstellung von Arbeitskräften zu berücksichtigen sind.

3. Die Regelung der Lohnfrage bleibt, abgesehen von den Lohnsätzen der Zigarettenarbeiterinnen für reine Handarbeit, der freien Vereinbarung zwischen den einzelnen Arbeitgebern und ihren Arbeitnehmern überlassen, weil die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben so verschiedenartig sind, daß eine einheitliche Regelung nicht möglich ist.

Die Löhne der Zigarettenarbeiterinnen für reine Handarbeit sollen bis zur Grenze der von einer Anzahl Betriebe auf Grund des Kommissionstarifes vom 11. bis 12. Mai d. Jts. bereits bewilligten Lohnsätze in denjenigen Betrieben, für die dieser Tarif noch nicht zugestanden worden ist, mit der Maßgabe geregelt werden, daß dabei bereits vorhandene höhere Sätze nicht ermäßigt werden dürfen.

4. Der über die Fabriken verhängte Boykott ist seitens der Ausstandsleitung sofort und an allen Orten aufzuheben. Auch darf seitens der Arbeitnehmer keinerlei Maßregelung einzelner etwa mißliebiger Betriebe stattfinden und muß die Propaganda für die dem Arbeitgeber-Verbande ferngebliebenen Firmen eingestellt werden.

Auf Grund vorstehender Bestimmungen soll die Arbeit in allen dem Arbeitgeber-Verbande angehörenden Betrieben sobald als möglich aufgenommen werden, und die Arbeiter sollen sich von Montag, den 3. d. Mts., an bei ihren früheren Arbeitgebern melden.

Dresden, den 1. Juli 1905.

Für die Arbeitgeber:
B. Renke, 1. Vorsitzender. J. Harnisch, 2. Vorsitzender.

Für die Arbeitnehmer:
C. Deichmann, Vorsitzender.

Indem wir vorstehendes zur Kenntnis der gesamten Arbeiterschaft bringen, ersuchen wir, den etwa verhängten resp. ausgeübten Boykott einstellen zu wollen.

Die Lohnkommission
der Dresdener Zigarettenarbeiterinnen.

Das ist ein sehr magerer Vergleich!

Einigung in der süddeutschen Metallindustrie in Sicht. Am Montag fand im Ministerium des Aeußeren eine eingehende Verhandlung zwischen den Vertretern der Metallindustriellen und der Metallarbeiter statt. Für den nächsten Mittwoch ist die Einberufung von Metallarbeiter-Versammlungen in München, Nürnberg und Augsburg in Aussicht genommen, in denen zu den getroffenen Vereinbarungen Stellung genommen werden soll.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. Juli

Lohn und Aufrechnung.

Ueber dieses schwierige Kapitel der gewerblichen Rechtsprechung hielt Arbeitersekretär Neukirch am Freitag einen instruktiven Vortrag im Verein der Gewerbegerichtsbeisitzer. Nach dem klaren Wortlaut des § 394 des B. G.-B., so führte er aus, ist der Arbeitgeber in keinem Falle berechtigt, Forderungen gegen den ins Verdienen gebrachten Lohn bis zu dem Betrage von 1500 Mark aufzurechnen. Nur für den Betrag über 1500 Mk. bestehen Beschränkungen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem Arbeiter den ganzen Lohn abzüglich der Versicherungsbeiträge auf Heller und Pfennig auszuzahlen. Dem Arbeitgeber bleibt nur das Recht, seine Forderung auf dem Rechtswege gegen den Arbeiter einzuklagen. Der Gesetzgeber will dem Arbeiter, dessen alleinige Einnahmequelle seine Arbeitskraft ist, den Lohn zu seinem Lebensunterhalt sichern. Es handelt sich darum, die gesetzliche Bestimmung in ihrer ganzen Konsequenz zu erfassen. Dem Arbeiter ist bekannt und geläufig, daß ihm für ein ihm vom Arbeitgeber gegebenes Darlehn oder für den demselben verursachten Schaden in der Werkstatt vom Lohn nichts abgezogen werden darf, aber damit ist nach Ansicht des Vortragenden die Nutzanwendung der Bestimmung nicht erschöpft. Von Bedeutung seien hierfür besonders die §§ 119 a und 134 b der Gewerbeordnung, die von Lohn-

---

Der militärische Verteidiger des Angeklagten, Hauptmann von Dom, der die Aussagen des vernommenen Rekruten anzweifelte, führte in einem Plädoyer aus, daß der Rekrut aus einem Industriebezirk stamme und es sei ja bekannt, daß es ein Sozialdemokrat mit dem Eide nicht so genau nähme! Er, der Hauptmann, habe das Vergnügen, in seiner Kompagnie den Sohn eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zu haben. Leute wie der Rekrut Menke wirkten ungünstig innerhalb der Kompagnie.

Das Kriegsgericht verurteilte den Unteroffizier, der die Mißhandlungen fortwährend leugnete, zu neun Tagen Mittelarrest. Das Gericht hob in der Begründung als strafmildernd hervor, daß die Unteroffiziere immer wieder ermahnt worden seien, die einzelnen Mißhandlungen zu unterlassen!

Beide hier mitgeteilten Fälle wirken durch sich selbst so sehr, daß jedes Wort der Kritik überflüssig erscheint.

Schwere Gewitter sind in der Zeit vom 30. Juni bis 2. Juli über einen großen Teil Deutschlands niedergegangen. Der Schaden, der durch Blitzschlag im Viehbestande und durch Hagel auf den Gefeldern angerichtet wurde, ist enorm. In einigen Orten Ostpreußens hatten die Felder nach dem Gewitter am Freitag das Aussehen einer Winterlandschaft, so hatten die Schlossen den Erdboden bedeckt. In Sandhof bei Marienburg fuhr ein Blitz durch den Schornstein in ein Zimmer einer Justlate und traf zwei Frauen. Während der einen Frau die rechte Seite gelähmt wurde, ist der anderen der Rücken vom Blitz verbrannt. In Schönsliesen wurde die Arbeiterfrau Falkowski, welche vom Felde kam und unter einem Gesträuch vor dem Unwetter Schutz suchte, vom Blitz erschlagen. In Rosengarten bei Hannover tötete der Blitz zwei Pferde und lähmte fünf auf dem Wagen befindliche Personen. In Hannover schlug der Blitz am Sonnabend in die Benniksen-Kirche, die bis auf die Grundmauern verbrannte. — Infolge der ungewöhnlich heißen Witterung kamen am Montag und in der vergangenen Nacht sowohl in Wien wie in der Umgegend überaus zahlreiche Fälle von Hitzschlägen und Sonnenstichen vor. Zwei Personen wurden durch Hitzschlag getötet und mehrere Personen bewußtlos in Spitäler gebracht. Zwei Personen wurden durch die Sonnenglut Verletzungen.

Wohl verdiente Strafe für Nahrungsfälscher. Die Moabiter Strafkammer verurteilte den Landmann G. in Burg (Dithmarschen) wegen Milchfälschung zu zwei Monaten Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe. G. hatte vom November bis Mai zu seiner Milch (50 Liter), die er an die Meierei ablieferte, täglich acht bis zehn Liter Wasser zugesetzt. Es fand sein Geschäft kam schließlich an den Tag. Der Angeklagte war geständig. Der Vorsitzende bemerkte, daß ihm in seiner langjährigen Praxis eine solche Milchfälschung noch nicht vorgekommen sei.

Ein Millionenprozeß. Gegen die Firma Schichau in Elbing klagt der Inhaber der Tornikroftwerft in London wegen angeblicher Patentverletzung, und zwar sollen nach Ansicht des Klägers Dampfkessel, die sich die Tornikroftwerft hat patentieren lassen, von der Firma Schichau nachgemacht worden sein. Die Schichauwerft bestreitet dies und will an der Hand von Kesselzeichnungen nachweisen, daß eine Patentverletzung von ihrer Seite völlig ausgeschlossen sei. Die Firma Tornikroft ist jedoch der Ansicht, daß eine Patentverletzung durch Kombination verschiedener Konstruktionen vorliege. Das Streitobjekt ist der Prozeßkosten wegen vorläufig nur auf 100,000 Mk. angenommen worden.

Lebenslänglich. Das Schwurgericht zu Berlin verurteilte den Arbeiter Tichirner, der beschuldigt ist, in der Nacht zum 6. Januar die in der Wilhelmsbadenerstraße wohnhafte Witwe Simnia ermordet und beraubt zu haben, wegen Totschlags und schweren Diebstahls zu lebenslänglichem und drei Jahren Zuchthaus.

450 Bergleute getötet. In den Kohlengruben von Makejewka ereignete sich eine furchtbare Explosion schlagender Wetter, welche die Gruben in Brand steckte. 450 Bergleute sollen der Katastrophe zum Opfer gefallen sein.

Tödlicher Absturz in den Alpen. Der Professor der Mathematik an der Wiener Realschule, Dr. Kümmerle, hatte am 29. Juni das Hochtor in den Ennstaler Alpen ohne Begleitung bestiegen und war abgestürzt. Dieser Tage wurde er noch lebend, aber mit furchtbaren Verletzungen aufgefunden. Noch ehe er von der Unfallstelle fortgebracht werden konnte, starb er.

Der zündende Blitz in der Kirche. Am 3. d. M. schlug der Blitz während eines Gewitters, das sehr heftig war, in die Katharinenkirche zu Danzig ein und zündete. Die Kirche wurde durch Feuer schwer beschädigt. Sämtliche vier Türme, darunter der Glockenturm, sind eingestürzt, die innere Kirche ist teilweise ausgebrannt. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Durch eine furchtbare Feuersbrunst wurden in Krettwin in der Nähe von Köslin fünf Bauerngehöfte und 27 Gebäude vernichtet. Der Schaden beträgt eine halbe Million. Das Feuer wurde von Kindern verursacht.

Menschenfressende Zigeuner. Eine fast unglaubliche Nachricht über menschenfressende Zigeuner wird aus Jaßberenny gemeldet: Die Gendarmerie verhaftete dort eine aus zwanzig Mitgliedern bestehende Zigeunerkarawane, die schon seit langem im Verdachte stand, kleine Kinder zu rauben, um sie, wie man vermutete, zum Betteln zu verwenden. Es fiel aber auf, daß man bei den Zigeunern nie fremde Kinder vorfand. Nun gelang es der energisch fortgesetzten Untersuchung, der Sache auf den Grund zu kommen; es wurde festgestellt, daß der Zigeunerhäuptling die geraubten Kinder töten ließ, worauf die Bande sie verzehrte. Erhärtet wurde dieser kaum glaubliche Fall durch den Umstand, daß auf dem Wagen der Karawane eine zerstückelte Kindesleiche gefunden wurde; auch sagten die Zigeuner aus, ihr Häuptling allein habe achtzehn Kinder aufgegessen. Die Karawane kam aus Siebenbürgen und hat auch die meisten Greueltaten dort verübt. Die Gendarmerie hat die weitestgehenden Recherchen eingeleitet.

Wie Deutschland seine Großen ehrt. Kleist's Grab am kleinen Wannsee bei Berlin befindet sich augenblicklich in einem beschämend verwahrlosten Zustande, da es schon seit einiger Zeit jeden Schmuckes und jeder Pflege entbehrt, die ihm früher ein Berliner literarischer Verein (die Klause) angedeihen ließ. Auf dem Hügel, dessen Oberfläche vom Epheu ganz entblößt ist, sieht man nur noch einige ganz verdorrte Koniferen. Nicht viel besser ist es um die Umgebung des Hügels bestellt, doch leuchtet hier zwischen einer Menge welker Blätter und Nadeln wenigstens ab und zu etwas Grünes hervor. Von einer früheren Tätigkeit des Gärtners zeugt nur noch eine alte verrostete Gießkanne, die innerhalb der trübseligen Grabstätte liegt. Auch die Eiche, die aus dem vorderen Teil des Grabhügels emporragt, hat viel von ihrer einstigen Frische verloren und zeigt bereits eine ganze Anzahl völlig verdorrter starker Aeste. Von dem früheren Blumenschmuck der Grabstätte ist keine Spur mehr zu finden.

Man hat Kleist, einen der großen Dichter der nachklassischen Zeit, im Leben verhungern lassen, nun wird ihm auch noch im Tode das verweigert, was fast den Aermsten unter den Armen gewährt wird. Und das ausgerechnet im Lande der Dichter und Denker.

Litteratur.

Von der „Neuen Gesellschaft", Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 35. Preis für das Einzelheft 10 Pfennige, pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1.20 Mk.), ist soeben das 13. Heft erschienen das folgenden Inhalt hat:

Glossen: Revolutionen. — Eventualitäten. — Das allgemeine Stimmrecht in Württemberg. — Berg-Herrenrecht. — Christliche Sozialpolitik. — Religion und Sitte. — Der Klingelbeutel geht um! — Mistral und die „Neue Gesellschaft". — Carl Schaumburg: Der Wahlrechtskampf in Hamburg. — Eduard Grüß: Der „Terrorismus" der Sozialdemokratie in den Krankenkassen. — Paul Göhre: Religion und Sozialdemokratie. — Emile Vandervelde: Ellis Island und die Bestimmungen über die Einwanderung in den Vereinigten Staaten. — W. Weresjaew: Ein Rätsel. — Bücherbesprechung. — Zeitschriftenschau.

verwirkungen und Geldstrafen sprechen. Gemäß § 119a sind Lohneinbehaltungen gestattet, welche von Gewerbeunternehmern zur Sicherung eines Schadens, welcher ihnen aus der widerrechtlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses oder einer für diesen Fall verabredeten Strafe ausbedungen werden. Besondere Bestimmungen über Vereinbarung von Lohnverwirkungen, Ordnungsstrafen 2c. gelten für Fabriken, in welchen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt sind. (§ 134 der G.-O.) Redner ist der Auffassung, daß alle diese Bestimmungen der Gewerbeordnung über Lohneinbehaltung, Lohnkürzung 2c. durch das Bürgerliche Gesetzbuch überholt seien und nicht mehr in Anwendung kommen dürften, da der Arbeiter nach den Motiven des B. G.-B. in den Vollgenuß seiner zu seinem Lebensunterhalt notwendigen Verdienste kommen soll. Das Gesetz läßt allerdings eine Hintertür offen, und zwar im § 273 des B. G.-B. betr. Zurückbehaltungsrecht. Das Berliner Landgericht und auch das Kammergericht haben dem Arbeitgeber in einzelnen Fällen das Zurückbehaltungsrecht an Lohn zugesprochen. Namhafte Juristen teilen jedoch die Meinung, daß das Zurückbehaltungsrecht, wenn man es anerkenne, wenn auch nicht rechtlich, so doch tatsächlich auf dasselbe Resultat hinausliefe, wie eine Aufrechnung. Der Effekt bleibt derselbe, ob der Arbeitgeber den Lohn gegen seine Forderung aufrechnet oder ihn bis zur Erfüllung der Gegenleistung zurückbehält. Beides ist unzulässig.

---

* **Der Zentrumsgraf und das Zuchthausgesetz.** Im Herrenhause hat der Graf Ballestrem, der Zentrumsmann und Präsident des Reichstages, bekanntlich für den dritten Absatz der Resolution Burgsdorf gestimmt, wodurch die Regierung aufgefordert wird, Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet sind, den Arbeitswilligen denjenigen Schutz zuteil werden zu lassen, auf welchen sie einen berechtigten Anspruch haben.

Unsere Parteipresse im Rheinland hat natürlich nicht verfehlt, diese Tatsache gebührend zu würdigen. Angesichts der Wahl in Essen wird der „Kölnischen Volkszeitung" aber etwas schwül ob des arbeiterfeindlichen Gebarens des Herrn v. Ballestrem und sie sucht sich auf folgende Weise aus der unangenehmen Situation herauszuwinden:

Jedenfalls hat aber Graf Ballestrem **nur für seine Person** diese Abstimmung vollzogen, ohne damit irgendwie das Zentrum und am wenigsten die Herren Trimborn und Giesberts vinkulieren zu können. Diese würden ganz gewiß nicht für die Resolution gestimmt haben. Wir wollen übrigens keinen Zweifel darüber lassen, daß es **nach unserer Meinung eines vermehrten Schutzes der Arbeitswilligen in keiner Weise bedarf**; sie sind bereits **ausreichend geschützt**, wie insbesondere die Vorgänge bei dem jüngsten Bergarbeiterausstand wieder deutlich bewiesen haben; in einzelnen Fällen war unseres **Erachtens sogar des Schutzes zu viel** und sind Urteile von großer Schärfe ergangen. Ohne Zweifel wird die Resolution von Burgsdorf wirkungslos verpuffen; sollte aber die Regierung wieder so etwas wie eine Zuchthausvorlage einbringen, so wird diese ebenso sicher abgelehnt werden, und zwar auch vom Zentrum abgelehnt werden, wie die frühere. Wozu also der übert iebene Lärm?

Daß der Graf Ballestrem auch nicht an die Wahl gedacht hat! Nun muß er sich so abschütteln lassen. Und die Zentrumsblätter müssen im Interesse einer ergiebigen Wahlmache Arbeiterfreundlichkeit verzapfen, die ihnen im Grunde des Herzens zuwider ist. Ja, was so eine Nachwahl alles anrichten kann.

* **Die Gasmesserfüller und -Ableser** beschäftigten sich kürzlich in einer Sitzung mit ihren Arbeitsverhältnissen. Auch sie wollen eine Petition an den Magistrat richten. Die Füller arbeiten gegenwärtig von 6 Uhr früh bis 7 Uhr Abends. Von 12 bis 1 Uhr haben sie ihre Mittagspause. Ihr Lohn beträgt 32 bis 35 Pf. pro Stunde. Die Füller wollen nun, daß ihre Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt wird, daß sie also von Morgens 6 bis Abends 6 Uhr dauert. Ihre Mittagspause wollen sie nicht mehr zu einer bestimmten Stunde, sondern so abhalten, wie der Dienst es praktisch mit sich bringt. Ferner wollen sie, daß der bisherige Stundenlohn in einen festen Wochenlohn von 25 Mk. umwandelt wird. Schließlich wünschen sie noch eine bessere Bezahlung von Ueberstunden. Die Tätigkeit der Ableser ist eine sehr verantwortungsvolle. Von ihrer Pflichttreue hängen zum Teil die Ueberschüsse der Gasanstalten ab. Der Lohn von 95 Mk. pro Monat, der durch Abzug der Versicherungsbeiträge auf 91.76 Mk. zusammenschrumpft, ist insbesondere im Hinblick auf ihre Verantwortung zu gering. Sie wollen, daß ihr Anfangs-Jahreseinkommen auf 1350 Mk. festgesetzt wird. Ferner wollen sie die Abschaffung ihrer Mittagspause. Es fällt ihnen oft schwer aus entfernten Stadtteilen zum Essen nach ihrer Wohnung zu kommen, insbesondere, da sie sich bei ihrer Arbeit nach der Kundschaft einrichten müssen. Aus diesem Grunde wollen sie erst nach Erledigung der täglichen Arbeit ihre Mittagsruhe halten.

* **Die Gewerbegerichtsbeisitzer** hielten am Freitag im Gewerkschaftshause eine Sitzung ab. Der Obmann Brosig gab bekannt, daß am 18. und 19. September in Würzburg der Verband der Gewerbegerichte tagen wird. Schon zwei Mal ist an den Magistrat das Ersuchen gerichtet worden, aus dem Kreise der Gewerbegerichtsbeisitzer Delegierte zum Verbandstage zu entsenden, der Magistrat hat auch dem Wunsche entsprochen. Es sind zu jeder Tagung ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer geschickt worden. Von letzteren nahm das eine Mal Brosig, das andere Mal Gerhardt an den Jahresversammlungen teil. Wenn auch auf derselben Beschlüsse, soweit die Rechtsprechung in Frage kommt, nicht gefaßt werden, so haben die Verhandlungen für die Beisitzer doch ein großes Interesse und es empfehle sich daher, auch diesmal wieder an den Magistrat heranzutreten und ihn zu ersuchen, zu der bevorstehenden Tagung Delegierte zu schicken. Die Versammlung war damit einverstanden und beauftragte Brosig, dem Beschlusse gemäß zu handeln.

Hierauf referierte Arbeitersekretär Neukirch über Lohn und Aufrechnung, worüber wir an anderer Stelle gesondert berichten. Die Ausführungen fanden volle Anerkennung. Die Beisitzer tauschten sodann ihre Erfahrungen in Punkto Rechtsprechung durch Angabe interessanter Streitfälle aus.

* **Der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter** hielt am Sonnabend im Gewerkschaftshause eine ordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Zimmer erstattete einen Bericht vom Gewerkschaftskongreß in Köln. Er gab seiner Befriedigung Ausdruck über die auf dem Kongreß gepflogenen Verhandlungen und Beschlüsse, die geeignet seien, die gewerkschaftlichen Organisationen ein Stück vorwärts zu bringen. Zum besonderen Gegenstand seiner Ausführungen machte Redner die Genossenschaftsfrage, die Gewerkschaftskartelle und den Generalstreik bezw. die politische Massenaktion. Die Genossenschaften, führte Zimmer an, wollen dann dienen, der breiten Bevölkerung den Bedarf der Produkte und Waren zu einem billigen Preise zu ermöglichen. Die Dividendenjagerei, wie sie beispielsweise der Breslauer Konsum-Verein betreibt, sei zu verwerfen. In den Genossenschaften sollen auch die Angestellten ein auskömmliches Einkommen beziehen und ihnen soll auch eine bessere Behandlung zu Teil werden, wie den Arbeitern bei Privatunternehmern. Auf dem Kongreß seien aber bittere Klagen in letzterer Beziehung gegen Arbeiter-Genossenschaften laut geworden, es gäbe unter ihnen welche, die nicht als vorbildlich, als Musterwirtschaften bezeichnet werden können, da die Arbeitsverhältnisse bei denselben durchaus nicht den Anforderungen entsprächen. Die leitenden Personen der Genossenschaften sind auf dem Kongreß verpflichtet worden, die Angestellten besser als bisher zu stellen. Das Genossenschaftswesen soll durch die Arbeiter gefördert werden, sie hätten aber auch zu verlangen, daß alle in diesen beschäftigten Personen eine gesicherte Existenz haben. Ueber die Gewerkschaftskartelle sei geklagt worden, daß sie sich um Dinge kümmerten, die sie eigentlich nichts angingen, die örtlichen Angelegenheiten oder vernachlässigten. Die Aufgaben der Kartelle seien lokaler Natur. Großen Eindruck habe auf den Kongreß das Referat des Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt über die Ergebnisse der Tätigkeit des Zentralarbeitssekretariats hervorgerufen. Hier habe es sich gezeigt, welche segensreiche Wirkung diese Einrichtung hat und vor allem im Interesse der unorganisierten Arbeiter getan werde. Schmidt habe das gute Einvernehmen zwischen ihm und dem Vorstande des Reichsversicherungsamts hervorgehoben, ein Umstand, der nicht hoch genug zu schätzen sei in Anbetracht der Haltung des hiesigen Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung und des Gewerbegerichts. Betreffend den Generalstreik steht Zimmer auf dem Bömelburg'schen Standpunkt. Wenn auch gegen die Haltung und Beschlüsse des Kongresses eine starke Preßfehde sich geltend mache, so sei er, Zimmer, doch der Meinung, daß der Verlauf desselben ein ausgezeichneter war und die Teilnehmer voll befriedigt sein können. Wegen der tropischen Hitze wurde die Diskussion vertagt. Die Versammlung gab jedoch in einer Resolution zum Ausdruck, daß sie mit den Beschlüssen des Kongresses durchaus einverstanden sei, die geeignet seien, die gewerkschaftlichen Organisationen zu fördern. Der Kongreß habe gezeigt, daß die Gewerkschaften einen machtgebietenden Faktor gegen das Unternehmertum darstellen. Die Tätigkeit der Delegierten des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter wird voll anerkannt. Damit wurde der Gegenstand verlassen und Verbandsangelegenheiten erledigt.

* **Eine selten stimmungsvolle Feier** konnten die Passanten der Fürstenbrücke am Sonnabend Abend auf dem Umgehungskanal der Oder und dem Schwarzwasser beobachten. Auf den schwarzen Fluten tummelte sich eine Flottille festlich beleuchteter Gondeln und größerer Boote, von fröhlichen Menschen dicht besetzt, von den Klängen eines schwimmenden Musikkorps umrauscht, spiegelten sich viele Hunderte bunter Lämpchen und Papierlaternen in den stillen Fluten wider und verbreiteten ein farbenprächtiges Bild, jeden Vorübergehenden zum Verweilen einladend. Wer näher hinzutrat und die Herkunft der seltenen Armada erforschte, konnte erfahren, daß die hundertvierzig Besitzer kleiner Schrebergärten, die nach und nach am Ufer des Schwarzwassers dicht bei Leerbeutel eine Laubenkolonie nach Berliner Muster, nur in schönerer Lage, geschaffen haben, sich zur Feier einer „italienischen Nacht" vereinigt hatten, die in ihrer schlichten Natürlichkeit und Volkstümlichkeit wohltuend abstach von den vielen kalten und überfeinerten Festen, die heutzutage in der Großstadt gang und gäbe sind. Aus jedem der vielen kleinen Gärten zwischen Sträuchern und Bäumen hindurch leuchtete eine Menge bunter Lämpchen, die ihren Schein auf die Unzahl einfacher Wimpel und Fähnchen warfen, mit denen Zaun und Hütte geschmückt war. Doppelt hob sich der Jubel, als Abends 9 Uhr von der Schrebergarten-Wirtschaft aus das junge Volk der Kinder mit seinen Laternen und unter Vorantritt des Musikkorps einen Umzug durch die schmalen Gänge der Gärten hielt, vor jeder Pforte mit bengalischem Feuer, Feuerwerk, hie und da selbst mit Leuchtkugeln und Raketen begrüßt. Nachdem so die Kleinen ihr Vergnügen weg hatten, kamen die Großen an die Reihe, sie vereinigten sich zu der oben erwähnten Gondelfahrt. Wie sich der lange Zug der beleuchteten Boote, einer leuchtenden Schlange gleich, durch das Schwarzwasser zog, war die Illusion einer italienischen Nacht wirklich nicht mehr fern. Nach einem längeren Aufenthalt am Fuße der Fürstenbrücke ging es unter Gesang und Konzert zurück ins Gasthaus, wo der Tanz im Freien — bei dieser Hitze! — und ein Kommers begann, alles in schlichter, fast familienhafter Form. — Gar manchem unserer Leser dürfte das kleine Gartenstädtchen draußen bei Leerbeutel noch unbekannt sein, vielleicht geben ihm diese Zeilen Anregung, einen Spaziergang dorthin zu unternehmen, wo ihn an jedem schönen Abend wie an jedem Sonntag ein fröhliches Bild städtischer Gartenbauer erwartet. Wie wir hören, soll sogar die „Italienische Nacht" am nächsten Sonnabend wiederholt werden.

* **Wie schützt man sich gegen die Hitze?** Während der nun mit aller Macht hereingebrochenen Sommerhitze ist es zweckmäßig, eine Reihe von Vorsichtsmaßregeln zu beachten, die geeignet sind, die schädlichen Wirkungen der Hitze zu mildern. Gegen sie ganz aufzukommen ist schon aus dem Grunde nicht allgemein möglich, weil nicht überall kühle Räume vorhanden sind. Um in Wohnungen aber erträgliche Temperaturen zu schaffen, kann folgendes Mittel in Anwendung kommen. Ueber einen Rahmen aus Holzstäben, der die ganze Fensteröffnung ausfüllt, wird Organtin gespannt, den man durch zeitweiliges Bespritzen stets feucht erhält. Nun muß man aber einen Luftstrom durch das Zimmer leiten, um die Feuchtigkeit des Organtins rasch in Dampfform überzuführen. Läßt man also eine dem Fenster gegenüberliegende Zimmeröffnung — die möglichst ebenso mit nassem Organtin überspannt ist — offen, so wird durch die Verdunstung des Wassers eine angenehme Abkühlung im Zimmer erreicht. Das verdampfende Wasser entzieht der Luft die Wärme. Diese wird aber reicher an Feuchtigkeit und dadurch ebenfalls recht unangenehm, wenn die Luftzufuhr zu langsam erfolgt. Diese Abkühlungsmethode wird in den meisten Fällen ausreichen, wenn das Zimmer vor dem Zutritt der Sonnenstrahlen geschützt wird. Viel gefährlicher ist aber die Wirkung der Hitze für alle, die sich auf der Straße aufhalten müssen, weil die Gefahr des Hitzschlages entsteht, wenn dem Körper durch andauernde Erwärmung zu viel Wasser entzogen wird. Es ist zweckmäßig, auf diese Gefahr hinzuweisen. Sie entsteht durch Verdickung des Blutes, das dann in den feinen Gefäßen der Haut langsam zirkuliert. Dadurch wird der Blutdruck in den Schlagadern gesteigert, die Blutbewegung gehemmt und es tritt die als Hitzschlag bekannte Erscheinung ein. Sie ist bei hohen Temperaturen um so eher zu erwarten, je rascher das Blut verdickt wird. Es ist daher nötig, genügend viel zu trinken, um die verlorene Wassermenge des Blutes zu ersetzen. Durch zu kalte Getränke kann man sich leicht einen Magenkatarrh holen, wenn man nicht nach dem Trinken sofort Bewegung macht. Krankheiten des Magens und Darms sind ja in der heißen Jahreszeit sehr häufig. Vor dem Genuß von alkoholischen Getränken muß besonders jetzt gewarnt werden, weil sie den Organismus widerstandsunfähiger machen und noch mehr den Körper erschlaffen, statt stärkend zu wirken. Es ist bekannt, daß starke Trinker gegen die Hitze viel weniger aufkommen als Abstinenten, weil sie viel mehr schwitzen. Die Erfahrungen aller Tropenreisenden sprechen gegen den Alkoholgenuß. Wer ihn meidet, wird die Hitze weniger schwer ertragen und mit säuerlichen Getränken, wie Limonade, dem Körper nützen. Wenn man genügend kühles Wasser nicht zur Hand hat, kann man dieses in einer Kältemischung auf sehr tiefe Temperaturen bringen. Bekanntlich leisten für diesen Zweck Salze

ihr gute Dienste. Sie verbrauchen Lösungswärme und entziehen dadurch die Lösungsflüssigkeit sehr ab. Eine einfache Mischung besteht aus gleichen Gewichtsmengen Wasser und Kristallsodaem, salpetersaurem Ammoniumm. Während der Mischung läßt sie sich um 27 Grad ab und behält während drei Viertelstunden eine so tiefe Temperatur, daß man Flüssigkeiten, deren Behälter in diese Kältemischung gestellt werden, sehr stark abkühlen kann. Man kann in Blechgefäßen auch Flüssigkeiten kühl erhalten, wenn der Behälter mit einer Lage feuchter Tücher umgeben wird.

* **Bei den Gewittern**, welche gestern Morgen über unsere Stadt zogen, schlug der Blitz in eine kaum fünf Schritt vom Gutshause in Dürrgoy stehende große Silberpappel, wobei von der Spitze des Stammes bis unten am Erdboden große Fetzen Rinde losgerissen und fortgeschleudert wurden. Auf den Feldern in der Umgebung von Breslau hat der Hagel, welchen die Gewitter brachten, auch Schaden angerichtet. Das Getreide ist stellenweise wie gewalzt; auch die Kartoffeln und die Rüben sind ganz platt auf den Erdboden gedrückt. Ein Blitzschlag traf das Dach eines Werkstattgebäudes des Hauptbahnhofes, wodurch ein Leitungsdraht geschmolzen wurde.

* **Eine gefährliche Diebin.** Am 27. v. M. Vormittags zwischen 9 und 10 Uhr erschien in einem Hause auf der Yorkstraße eine Dame, welche Wohnung suchte. Das allein anwesende Dienstmädchen ließ die Wohnung besichtigen, bei welcher Gelegenheit die Dame eine an der Wand hängende goldene Uhr mit Kette entwendete. Das Dienstmädchen hatte das Verschwinden der Uhr sofort bemerkt und forderte energisch die Herausgabe der Uhr. Als die Diebin aus der Wohnung flüchten wollte, legte das Mädchen schnell die Sicherheitskette vor. Nun griff die Diebin das Mädchen tätlich an und würgte es, bis es fast ohnmächtig war. Jedoch gelang es dem Mädchen der Diebin die Uhr zu entreißen, worauf die Diebin davonlief. Sie war 24 bis 26 Jahre alt, blond, hatte blasses längliches Gesicht und war mit schwarzem Kleid mit tressenartigem Besatz und Klöppelei, blauem Chiffonhut und blauem Schleier bekleidet. Bei dem Ringen hatte das Dienstmädchen der Diebin an einer Hand eine Schnittwunde mit einem zufällig in der Hand gehaltenen Messer beigebracht. Auf Ermittelung der Diebin wird Belohnung zugesichert. — Gestohlen wurden aus einem Hause auf der Löschstraße ein Fahrrad „Beckmann" und am 27. v. M. aus einer Badeanstalt ein Fahrrad „Styria".

* **Tödlicher Sturz.** Ein 69 Jahre alter Invalide erlitt bei einem Sturz in der Wohnung einen Bruch des linken Oberschenkels. — Ein Futtermann stürzte im Dominium Rux durch die Heuboden decke und zog sich innere Verletzungen des Brustkorbes zu. Die beiden Verunglückten sind im Krankenhause der Barmherzigen Brüder gestorben.

* **Ueberfahren.** Am 1. d. Mts., Nachmittags, wurde ein Kutscher auf der Hohenzollernstraße von einem Rollwagen, dessen Pferd scheu geworden war, geschleudert und überfahren, wodurch er eine Verletzung des linken Beines erlitt. — Als am 1. d. Mts. Abends, ein taubstummer Arbeiter auf der Hubenstraße einen Straßenbahnwagen besteigen wollte, glitt er ab und wurde durch einen Selterwasserwagen überfahren, sodaß er Verletzungen beider Beine erlitt. Der Verunglückte wurde in das Wenzel-Hancke'sche Krankenhaus geschafft.

* **Folgenschwerer Zusammenstoß.** Als am 1. d. M. Nachmittags, ein Straßenbahnwagen die Berliner Chaussee entlang fuhr, bog plötzlich ein zweispänniger Bierwagen dicht vor den Straßenbahnwagen zur Seite, sodaß ein Zusammenstoß erfolgte. Der Kutscher wurde vom Bock geschleudert und verletzte sich an der Stirn. An dem Straßenbahnwagen wurde der Vorderperron eingedrückt.

* **Beim Baden ertrunken.** Am 2. d. M. begab sich der Lattengasse 70 wohnende Arbeiter Nolowsky mit seinen zwei Söhnen in die Nähe der Rechte Oderufer-Eisenbahnbrücke und badete dort im Strom. Hierbei ging der eine, im siebenten Lebensjahre stehende Knabe vor den Augen des Vaters unter und ertrank. Die Leiche wurde bald gefunden. — An demselben Tage ertrank ein junger Mann, der in der Nähe der Gröschelbrücke gebadet hatte. In den Kleidungsstücken fand man Papiere auf den Namen Schlosser Otto Dubielzig. — Bei der Morgenauer Ueberfähre wurde am 2. d. M. die unbekleidete Leiche eines etwa fünfzehnjährigen Jungen gefunden, der ebenfalls beim Baden ertrunken sein dürfte. — Am 1. d. M. Vormittags, wurde bei dem Rechen der Marienmühle die unbekleidete Leiche eines Mannes, der seinen Tod beim Baden gefunden haben dürfte, aus der Oder gezogen. Der Entseelte ist etwa 25 Jahre alt, hat blondes Haar und rötlich-blonden Schnurrbart.

* **Gestürztes Pferd.** Am 1. d. M., Abends, stürzte auf der Lehmgrubenstraße ein Pferd. Nachdem ein Tierarzt das Pferd untersucht hatte, wurde es in ein Grundstück gefahren und dort in einer Kiesgrube getötet.

* **In der Arbeit tödlich verunglückt.** Am 1. d. Mts. Nachmittags, wurde auf der Hohenzollernstraße der Arbeiter Hasch von der Theresenstraße 19 unter seinem mit Koks beladenen Wagen tot aufgefunden. Der Mann ist anscheinend während der Fahrt aus der Schoßkelle des Wagens gestürzt, worauf ihm durch ein Rad der Kopf eingequetscht und das Hirn bloßgelegt wurde. Die Leiche wurde nach der Anatomie gefahren.

* **Blinder Feuerlärm.** Durch zwei junge Leute war sofort nach dem Unfall die Scheibe eines Feuermelders eingeschlagen und dieser abgezogen worden, so daß ein Alarm der Feuerwehr erfolgte. Es muß erneut darauf hingewiesen werden, daß auf den Scheiben klar und deutlich steht: „Nur für Feuermeldungen."

* **Brände.** Am 3. d. M., Nachmittags, brach in dem Maschinen- und Kesselhause der Ollendorffschen Holzbearbeitungsfabrik, Bau- und Möbeltischlerei, Neue Tauentzienstraße 27, auf unermittelte Weise Feuer aus und erfaßte das Dach. Von diesem Hause aus führt quer über den Hof ein hölzerner Riemenschacht nach der Tischlerei. Dieser Schacht leitete bald die Flammen in die Tischlerei, an welcher zunächst ein hölzerner Ventilationskanal erfaßt wurde. Ehe das Feuer eine gefährliche Ausdehnung gewann, traf die Feuerwehr ein, die sofort mit vier Schlauchgängen vordrang. Durch die Glut sind zahlreiche Scheiben sowohl im Maschinenhause wie in der Tischlerei gesprungen. — Die Feuerwehr wurde am 2. d. Mts. Abends, nach der Wörtherstraße gerufen, wo in einer Wohnung eine Lampe explodiert war. Eine Handelsfrau löschte die Flammen und zog sich eine Schnittwunde am rechten Fuß zu. Durch Feuerwehrleute wurde ihr ein Verband angelegt.

* **Vermißt** werden seit dem 28. v. Mts. der 15 Jahre alte Knabe Erich Lampert, Kirchstraße 20, seit dem 26. April der 34 Jahre alte Kanzlist Eduard Fischer, Breitestraße 38, und seit dem 30. v. M. der 19 Jahre alte Tischlergeselle Ernst Lindner, Lenthestraße 43.

* **Diebstähle.** Aus einer Bodenkammer auf der Moritzstraße wurden mittels Einbruchs zwei neue Gebette Betten, zwei gebrauchte Deckbetten und eine Anzahl Gardinen im Gesamtwerte von etwa 600 Mk., einem Obergärtner von der Augustastraße eine silberne Remontoiruhr Nr. 2150, am 1. d. Mts., Nachmittags, aus einem Hause auf der Tauentzienstraße ein Fahrrad „Weil", Nr. 39,899, am 20. v. Mts. in dem Grundstück Antonienstraße 28 eine Tonne mit Butter, einem Eisendreher in einem Restaurant auf der Schweidnigerstraße ein Portemonnaie mit 17.80 Mk., in einem Warenhause einem Dienstmädchen ein Portemonnaie mit 30.50 Mk., einem auf einer Promenadenbank eingeschlafenen Fleischergesellen eine silberne Uhr und einem Arbeiter aus Groß-Mochbern in einem Restaurant auf der Stockgasse eine silberne Uhr (Nr. 17,584) gestohlen.

* **Verhaftet** wurde ein Dienstmädchen wegen Entwendung verschiedener Wertsachen.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 1. und 2. d. Mts. 43 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Pfandschein, ein Kattunkleid, eine goldene Damenuhr und ein Zehnmarkstück. — Abhanden kamen:

goldene Krawattennadel mit einem Saphir, eine silberne Damenuhr und ein Portemonnaie mit 11 M.

Aus Schlesien und Posen.

Hirschberg, 3. Juli. „Sozialdemokratische Mißwirtschaft." Ohne ein Wort des Kommentars bringt die kassenfeindliche „Schlesische Zeitung" in Breslau diese Notiz:

„Die allgemeine Krankenkasse für die gewerblichen Betriebe des Kreises Hirschberg hatte im letzten Berichtsjahre ein Defizit von 22,000 Mark, die Kasse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ein solches von 11,000 Mark. In der Jahresgeneralversammlung beider Kassen wurde eine Beitragserhöhung abgelehnt, die letztgenannte Kasse beschloß sogar, bei der Aufsichtsbehörde die Auflösung der Kasse zu beantragen. Diese Beschlüsse haben die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht gefunden."

Die Leser der „Schles. Ztg." sind samt und sonders bisher dahin belehrt worden, daß „die Krankenkassen" sozialdemokratisch verwaltet werden. Sie werden deshalb auch jetzt glauben, obiges Defizit sei durch die „bekannte sozialdemokratische Mißwirtschaft" entstanden. Wie würden sie die Augen aufreißen, wenn ihr Leiborgan so ehrlich wäre, eingestehen, daß obige Kassen von Nichtsozialdemokraten verwaltet werden, daß also Defizits kein spezifisch sozialistisches Erzeugnis darstellen. Freilich: Dank der bekannten Ehrlichkeit des vornehmen Blattes bleibt seinen Lesern dies Augenaufreißen erspart.

— Noch nicht Kassen genug. Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß in der von uns besprochenen Generalversammlung die land- und forstwirtschaftliche Kasse beschlossen hat, die gräflich Schaffgotsch'schen Forstarbeiter auszuschließen und beim Regierungs-Präsidenten dahin vorstellig zu werden, auf Grund des § 60 des K.-G. die gräflich Schaffgotsch'sche Verwaltung zur Bildung einer besonderen Kasse zu veranlassen.

Hirschberg, 3. Juli. Oeffentliche Zimmerer-Versammlungen. Am 24. Juni tagte in Herischdorf eine öffentliche Zimmerer-Versammlung. Als Referent war Kamerad Schwob-Breslau erschienen. Trotz der Agitation war dieselbe leider von keinem unorganisierten Zimmerer besucht. Schwob erläuterte die gegenwärtigen Kämpfe im Baugewerbe. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Am 25. Juni tagte eine öffentliche Zimmerer-Versammlung in Schmiedeberg, die von 24 Personen besucht war. Auch hier referierte Schwob über Nutzen und Zweck des Verbandes. In der Diskussion erläuterte der Vorsitzende Hirschbergs die Vorteile der Arbeitslosenunterstützung. Es ließen sich darauf 8 Mann in den Verband aufnehmen, so daß wir gegenwärtig 16 Organisierte von 50 Zimmerern in Schmiedeberg haben. Es erklärten sich sämtliche Kameraden dafür, sich der Zahlstelle Hirschberg anzugliedern, um unnötigen Maßregelungen vorzubeugen.

Am 26. Juni tagte eine öffentliche Zimmerer-Versammlung in Kunnersdorf in der Andreasschenke. Die Tagesordnung lautete: Die gegenwärtigen Kämpfe im Baugewerbe und unsere Lohnfrage. Als Referent war ebenfalls Schwob anwesend. Von 160 Mitgliedern, die in Betracht kommen, waren nur 90 erschienen! Die Lohnfrage führte zu einer längeren Diskussion. Schwob legte dar, daß die hiesigen Zimmerer besser geschult werden müßten; dazu sei der regelmäßige Besuch der Versammlungen und das Lesen einer Arbeiterzeitung notwendig. Es ging ein Antrag ein, eine Lohnkommission zu wählen und wurden auch sodann vier Mitglieder gewählt, die mit dem Vorstande das Weitere zu veranlassen haben. Die Organisationsverhältnisse unter den Zimmerern Hirschbergs sind nicht die schlechtesten zu nennen, da über 90 Prozent der Zimmerer dem Verbande angehören.

Liegnitz, 4. Juli. Zum Maurerstreik, das scheint, so wird uns geschrieben, jetzt wieder ein beliebtes Rubrum in den bürgerlichen Blättern werden zu wollen, die mit Gier alles bringen, was irgend einem furchtsamen Spießer oder einem verlogenen Skribenten zur höheren Ehre der Ordnung aus der Feder fließt. Der „Anzeiger" bringt in einer seiner letzten Nummern bereits wieder eine Notiz, die sich auf die in der Maurerversammlung vom Donnerstag getane Aeußerung, „daß der bisherige Verlauf des Streiks sich ruhig vollzogen habe und die gute Disziplin der Streikenden sich auch diesmal bewähre", anknüpft und wieder mit dem alten Ladenhüter vom Terrorismus trödeln gebt, der speziell dem „Anz." ein beliebtes Angriffsfeld gegen die verhaßten Roten bietet, die das Blättchen gar nicht mehr lesen wollen. Geheimnisvoll deutet die Notiz am Schlusse an, „die Staatsanwaltschaft soll bereits wieder Material erhalten haben." Wir glauben es ja gern, daß es den hiesigen „Ordnungsfützen" angenehm wäre, wenn sich die Streikenden zu irgendwelchen Ausschreitungen hinreißen ließen; doch werden diese niemanden den Gefallen tun und werden den Unternehmern kein Wasser auf die Mühlen leiten. Kleine Plänkeleien kommen bei jedem Streik vor, und wenn diese von der bürgerlichen Seite weidlich ausgeschlachtet werden, so merkt man leicht die Absicht — wird aber nicht verstimmt!

Liegnitz, 3. Juli. Freisinniges. Im Stile der Scharfmacherblätter gemeinsten Kalibers teilt der freisinnige „Liegnitzer Anzeiger" mit:

„Streikpostenausschreitungen. Vorgestern Abend mußten mehrere streikende Maurer von seiten der Polizei vom hiesigen Staatsbahnhofe gewiesen werden, da sie sich gegen die jeden Abend nach den umliegenden Ortschaften fahrenden Maurer und sonstige Reisenden in pöbelhafter Weise benahmen. Gegen mehrere Streikposten ist Strafantrag gestellt worden. Ist dies das in den Versammlungen gepredigte musterhafte Verhalten?"

Eine echt freisinnige Leistung, die dadurch nichts an „Wert" einbüßt, daß sie in der Hauptsache erlogen ist! Wahr ist an dem Geleise nur, daß einige Streikposten von eifrigen Polizisten von ihrem Standort fortgewiesen wurden. Aber nicht wegen „pöbelhaften" Benehmens, sondern weil die Streikenden von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch und die Arbeitswilligen auf den Streik aufmerksam machten. Diese Art des „musterhaften Verhaltens" des freisinnigen Blattes wird allerdings verständlich, wenn man weiß, daß seine Spezial-Schützlinge, die Gewerkvereinler, selbst zu den Feinden der Streikenden gehören. Da muß das Freisinnsblatt schon aus Solidarität mitbelfern.

Liegnitz, 4. Juli. Ein unangenehmer Reinfall widerfuhr der Schützengilde in Jauer vor dem Liegnitzer Bezirksausschuß. Der Gilde war von der Polizeiverwaltung die Benutzung eines Schießstandes, der allerdings den primitivsten Anforderungen nicht mehr entsprechen dürfte, untersagt worden. Die Schützengilde, die sich auf Gerechtsame aus früherer Zeit beruft, hatte gegen die polizeiliche Verfügung beim Bezirksausschusse Klage geführt, obwohl sie selbst zugegeben hat, daß der Schießstand nicht mehr zeitgemäß ist. Außerdem befinden sich ganz in der Nähe des Schießstandes drei Krankenhäuser, für deren Insassen die Schießerei höchst störend wirkt und schon aus diesem Grunde die Beseitigung des Schießstandes gerechtfertigt erscheinen läßt. Der Bezirksausschuß erkannte denn auch auf die Abweisung der Klage und bestätigte somit die Verfügung der Polizei. Den Schützenbrüdern wird es aber schwerlich in den Kopf gehen, daß neben ihrer burschikoskatholischen Schießerei noch andere Interessen bestehen, die Berücksichtigung verdienen.

Görlitz, 3. Juli. Billige städtische „Arbeitersekretäre". Für die jetzt von den Stadtverordneten beschlossene städtische Rechtsauskunftsstelle sind als Gehalt für den anzustellenden Beamten, der die Funktionen eines Arbeitersekretärs auszuüben hat, 1500 Mark jährlich ausgeworfen. Trotz dieses niedrigen Satzes konnte in der letzten Sitzung ein Stadtrat mitteilen, daß ein „ganzer Stoß" Gesuche vorlägen, in denen sich die Bewerber noch unter 1500 Mark anböten! Wir können uns vorstellen, daß ein Beamter mit diesem Gehalt den Minderbemittelten so zu helfen imstande ist, wie es nötig ist.

Weißwasser, 3. Juli. Die Schützenbrüder Schlesiens fanden sich am Sonntag hier zusammen, wo bis zum 5. Juli der Schlesische Bundesschützentag stattfindet. Kein Fest kann heutzutage ohne Protektor gefeiert werden. Das Bürgertum ist sich nicht selbst genug. Die toten Ideale längst vergangener Zeiten können ihm keine Begeisterung mehr einflößen. Die Folge davon ist, daß man sich nach lebendigen Protektoren umsieht, nach hohen Herrschaften, die dem Schützenfeste Protektor sein zu wollen geruhen. In Weißwasser hat man aus der nächsten Nachbarschaft den Besitzer der Standesherrschaft Muskau gebeten, und der Herr hat geruht, das Bürgertum protegieren zu wollen. Es muß für den Grafen Arnim, einen der größten Agrarier, eines der konservativsten Elemente der preußischen Herrenhauspolitik, eine ganz besondere Genugtuung sein, wenn er sieht, wie die liberalen und freisinnigen Schützenbrüder Niederschlesiens ihn anbochen, ihm, ihrem erlauchten Pro[illegible], begeisterte Huldigung bringen. Was mag Traugott Hermann Graf Arnim-Muskau denken, wenn er dieses Bürgertum beobachtet? Kann man es dem hochfahrenden Adel verdenken, wenn er geringschätzig und verächtlich auf das simple Bürgertum herabblickt?

Ratibor, 3. Juli. Die herrschende Fleischnot beschäftigte auch den hiesigen Magistrat in seiner letzten Sitzung. In Anbetracht des Umstandes, daß die Verhältnisse in Ratibor ebenso liegen, wie im oberschlesischen Industriebezirk, hat der Magistrat beschlossen, an den Regierungspräsidenten eine Petition zu richten, in welcher die Zulassung eines bestimmten Kontingents von Schweinen aus Rußland oder Oesterreich-Ungarn in das Ratiborer Schlachthaus erbeten werden soll. Wie verlautet, werden auch die hiesigen Fleischer sich mit einer Petition gleichen Inhalts an den Herrn Regierungspräsidenten wenden. Das Vieh, das die hiesigen Fleischer z. Z. aufzukaufen genötigt sind, ist, dem „Anz." zufolge, zumeist unreif und deshalb nicht ergiebig genug. Könnte der Bedarf teilweise durch Einfuhr gedeckt werden, dann würde unseren heimischen Produzenten Zeit bleiben, das Vieh aufzuziehen und zu mästen.

Neisse, 3. Juli. „Seine Heiligkeit" als Reklamemittel. Die Frommen verstehen in recht geschickter Weise Geschäfte zu machen. Die Sorglosigkeit um das Wohlergehen im Jenseits ist meist nicht so stark, daß sie auf das Wohlergehen im Diesseits verzichteten. Im Gegenteil: Sie entwickeln sogar einen ganz bedeutenden Eifer, ihr Wohlergehen im Diesseits mit allen Mitteln zu fördern. So hat im benachbarten Frankenstein eine Firma „Verlag christlicher Schriften, Heinrich Schwarz, Berlin", welche das Buch „Wege zu Gott" kolportieren läßt und damit gute Geschäfte zu machen hofft, an das katholische Pfarramt ein Schreiben gerichtet, in welchem sie um eine Empfehlung des Buches ersucht, unter Berufung darauf, daß eine „Mitinhaberin" des Geschäftes katholisch sei und „Seine Heiligkeit P. Alexander Radowanowic in Padua 160 Mark zur Verteilung irgend eines guten Zweckes erhalten habe". — In einem Schreiben, welches die Kolporteurin vorzeigt, bescheinigt auch ein P. Radowanowic aus Semmering in Nieder-Oesterreich, er habe „200 Mark für Meßstipendien erhalten und wünsche dem Buche die weiteste Verbreitung in unserem lieben Oesterreich". Unterzeichnet war das Schreiben mit dem katholischen Gruß: „G. l. J. Chr." („Gelobt sei Jesus Christus").

Seh'n Sie, das ist ein Geschäft! Die Firma sagt sich: „Was nützt mir die Frömmigkeit, wenn ich sie nicht als Aushängeschild für mein Geschäft benutzen kann?" Und sie muß ja die Frommen genau genug kennen, um zu wissen, daß es unter ihnen hinreichend genug von denen gibt, die nie alle werden.

Königshütte, 4. Juli. Einen schönen Sieg errangen die organisierten Arbeiter bei der Gewerbegerichtswahl. Sämtliche neu zu besetzenden 11 Sitze gelangten in ihren Besitz. Bravo!

Beuthen, 4. Juli. Die höchste Ehrung, die einem preußischen Beamten in der Russen-Aera Bülow widerfahren kann, ist dem sattsam bekannten Grenzkommissar Polizeirat Mädler zuteil geworden: Anläßlich seines 50. Geburtstages am Montag überbrachte ein **Vertreter der russischen Gendarmerie**, ein leibhaftiger Baron, v. Rietscher aus **Sosnowice**, ihm die Glückwünsche der russischen Polizisten! Gleichzeitig mit diesem gratulierte der Kreissekretär der russischen Stadt Bendzin — wahrscheinlich im Namen des Zaren selbst.

Bülow wird neidisch auf den Mann sein.

Beuthen, 4. Juli. Die schlotternde Angst der Spießer vor der Revolution offenbart sich in komischer Weise in einem hiesigen Philisterorgan. Der Auszug des Bataillons der 22er, das in Beuthen steht und am 3. Juli auswärts militärischen Uebungen obliegt, gibt nämlich der „Grenzztg." Veranlassung zu folgender Notiz:

„Der Zeitpunkt scheint uns wirklich bei den über der Grenze herrschenden Zuständen recht wenig gut gewählt. Wir wollen nicht etwa behaupten, daß wir uns vor dem sonst stets so gefürchteten „heiligen" Rußland noch fürchten, aber immerhin ist und bleibt es doch ein ziemlich unangenehmes, bedrückendes Gefühl, sich gegebenen Falles den Ueberoriffen jener von uns früher doch „so gefürchteten Kosaken" preisgegeben zu wissen. Wer garantiert uns dafür, daß wir nicht mit allen möglichen Eventualitäten in unserem auch nicht gerade ruhigen Industriebezirk rechnen müssen? Die Handvoll Soldaten, die hier bleibt, dürfte doch wohl kaum eventuellen Anforderungen für den Grenzschutz genügen."

Wie wär's mit einer telegraphischen Petition an den Kriegsminister, sofort einige Gardereginenter als Ersatz zu senden? Doch Scherz bei Seite: Haben denn die ängstlichen Spießer ganz vergessen, daß hinter ihnen doch für alle Fälle die tapferen — Kriegervereinler als Schutzengel bleiben?

Kattowitz, 3. Juli. Politik in den „unpolitischen" Gesellenvereinen. Die christliche Presse wärmt ihren Lesern fast täglich das Märchen von den „politischen freien Gewerkschaften" auf, trotzdem sie weiß, daß es ein Märchen ist. Wenn wir demgegenüber an der Hand von Tatsachen nachweisen, daß gerade die Christlichen es sind, die Politik treiben, dann erheben sie ein groß Geschrei über — sozialdemokratische Verleumdungssucht. Das wird man auch jetzt wieder tun, wenn wir die Christlichen in folgendem aufs neue in ihrer Unwahrhaftigkeit annageln. Was uns natürlich nicht abhält, es trotzdem zu tun.

Bringt da nämlich das „O. T." folgende Notiz:

„Herr Pfarrer Kapitza, der Zentrumskandidat für die bevorstehende Nachwahl, agitiert schon fleißig in Vereinen. Morgen wird er im Gesellenverein, der im neuen Schützenhause sein 40jähriges Bestehen feiert, die Festrede halten."

Die katholischen Gesellenvereine sind nach eigenem Geständnis des Zentrumsführers Heim die Schule für die Agitatoren, deren sich die christlichen Gewerkschaften bedienen. Die Hauptwaffe aber dieser Agitatoren gegen die freien Gewerkschaften ist ihre liebende Behauptung, die freien Gewerkschaften trieben Politik!

Aber die anscheinend harmlose Sache hat noch eine andere Bedeutung. Nicht nur wird hier offen zugegeben, daß in den Gesellenvereinen die Politik der Schwarzen getrieben wird, sondern das Beispiel ist wiederum typisch für die Art, wie in Oberschlesien die Vereine von den Behörden verschieden behandelt werden. Was würde wohl mit einer freien Gewerkschaft geschehen, wenn sie das wagte, was bei den Schwarzen als selbstverständlich gilt?

Zabrze, 3. Juli. Ein blutiges Familiendrama spielte sich Sonnabend in der Wohnung des Gelegenheitsarbeiters Schmutzer ab. Dieser kam in stark angetrunkenem Zustande nach Hause und machte der Ehefrau allerlei Vorwürfe. Schließlich ergriff er ein langes Messer und stach damit die Frau mehrere Male in den Leib. Blutüberströmt brach die Schwerverletzte bewußtlos zusammen. Man schaffte sie ins Knappschaftslazarett, wo sie hoffnungslos darniederliegt. Schmutzer, der als gewalttätiger, dem Trunke ergebener und arbeitsscheuer Mensch bekannt ist, wurde verhaftet.

Posen, 3. Juli. Brand der Warthebrücke in Landsberg. Wie die „Oder-Ztg." aus Landsberg a. W. meldet, ist dort Sonnabend die städtische Warthebrücke bis auf das südliche Joch vollständig niedergebrannt nebst den dort stehenden Eisböcken. Zahlreiche Kähne vermitteln den Personenverkehr.

Bromberg, 3. Juli. Staatsbeamte in großer Gefahr! In dem Breslauer Scharfmacherblatt lesen wir: „Als in Berlinchen ein Verein von Maurern am 18. Juni 1904 sein Stiftungsfest feierte, erließ er Einladungen an mehrere Eisenbahnbedienstete, darunter einen Weichensteller und einen Bahnwärter. Als dieser für seine eine Wegeschranke bedienende und in Eid und Pflicht genommene Frau Urlaub zur Teilnahme an der Festlichkeit nachsuchte, hat der vorgesetzte Bahnmeister im Hinblick auf die Vereinsmitglieder geäußert: „Das sind alles Sozialdemokraten, das sind echte Rote; wer zum Stiftungsfeste geht, kann sich morgen als aus dem Eisenbahndienste entlassen betrachten. Diese Aeußerung gelangte zur Kenntnis des Vereins, worauf dessen Vorstandsmitglieder gegen den Bahnmeister die Privatklage wegen Beleidigung anstrengten. Zugleich erhob die Eisenbahndirektion zu Bromberg auf Grund des Gesetzes vom 13. Februar 1854 den Konflikt. Sie bestritt, daß der Bahnmeister mit jener Aeußerung seine amtlichen Befugnisse überschritten habe. Er sei nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet gewesen, den ihm unterstellten Beamten klar zu machen, daß sie nicht an Festen sozialdemokratischer Vereine teilnehmen durften, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob in der betreffenden Aeußerung eine Beleidigung für dritte Personen gefunden werden könne. Das Amtsgericht zu Berlinchen wie das Kammergericht und der Oberstaatsanwalt bei ihm bezeichneten in ihren gutachtlichen Aeußerungen den Konflikt als begründet. Hierbei wies das Amtsgericht darauf hin, daß in Berlinchen allgemein der Verein als ein sozialdemokratischer angesehen werde. Der erste Senat des Oberverwaltungsgerichts hat am 30. Juni 1905 dahin entschieden, daß der Konflikt begründet und dem nach seiner Erhebung einstweilen eingestellten gerichtlichen Verfahren gegen den Bahnmeister endgiltig Einhalt zu tun sei."

Der Bahnmeister geht, da er nur die Beamten vor den „Roten" retten wollte, mit Recht straffrei aus. Die Maurer hätten sich mit der Konstatierung der Tatsache, daß der Staat sogar die Angehörigen seiner Angestellten in ungeheuerlicher Weise bevormundet, begnügen sollen. Sintemalen für aufgeklärte Arbeiter die Bezeichnung Sozialdemokrat ein Ehrentitel ist!

Bromberg, 3. Juli. Mit den „Backstuben-Geheimnissen" beschäftigte sich eine am 29. Juni im Verkehrslokal tagende öffentliche Bäcker-Versammlung. Hierbei kamen die grauenhaftesten Dinge zur Erörterung. So wurde festgestellt, daß unter einer Bäckerei, die 175 Zentimeter hoch ist, ein Wassergraben sich befindet, in dem das faulige Wasser, welches hier aus den Wänden kommt, entlang fließt. Die Bauten sind hinten gänzlich verschimmelt. In einer anderen Bäckerei wird der Milch- und Gießeimer als Ausguß zum schmutzigen Wasser, das vom Gesichtwaschen herrührt, benutzt. Weiter sind 14—16stündige Arbeitszeiten keine Seltenheit, also im ganzen ein trübes Ergebnis. Die Organisation, die am Orte noch sehr jung ist, wird sich bald genug Geltung verschaffen und die reformbedürftigen Verhältnisse der Oeffentlichkeit preisgeben. Trotz der Feindschaft der Innung, der die tätigen Bäckergesellen ausgesetzt sind.

— Die organisierten Maurer Brombergs haben ihren Arbeitgebern einen Tarifvertrag eingereicht. Sie wünschen darin den Abschluß eines Arbeitsvertrages mit Regelung der Löhne, sowie der Arbeitszeit. Die Forderungen sind äußerst minimal und ist zu erwarten, daß der Vertrag von den Arbeitgebern bewilligt wird, denn ein Teil der Maurer arbeitet jetzt schon unter den im Arbeitsvertrag vorgesehenen Bedingungen. Es wird ein Lohn von 45 Pf. pro Stunde gewünscht. Ueberstunden sollen nur in dringenden Fällen gearbeitet, und soll für diese ein Lohnzuschlag von 10 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Die Arbeitszeit soll vom 16. März bis 30. September täglich 10 Stunden betragen, während der anderen Zeit richtet sich dieselbe nach dem Tageslicht. Alsdann wird eine Regelung des Montagezuschusses, der sanitären Einrichtungen auf Bauten, sowie einiger geringfügiger Verbesserungen im Arbeitsverhältnis angestrebt.

Filehne, 4. Juli. Verzweifelte Flüchtlinge. Aus einem Wagenabteil des Berliner Mittagszuges, in welchem sich russische Auswanderer befanden, wurde zwischen den Stationen Ascherbude und Filehne ein zweijähriges Kind auf den Bahnkörper geschleudert. Das Kind, welches schwere Verletzungen am Kopf davongetragen hat, wurde von einem Bahnwärter gleich nach der Tat aufgefunden. Der Beamte verständigte die Station Filehne telephonisch, so daß die Eltern, denen das Kind wahrscheinlich bei ihrer Flucht vor den russischen Schergen im Wege gewesen war, verhaftet wurden.

Kleine provinzielle Nachrichten.

In **Nieder-Vermsdorf** wurde der Berghauer Vollmer von der Vorwärtshütte am Sonntag Vormittag bei der Eisenbahnbrücke von einem Straßenbahnwagen umgestoßen. Beim Fallen kam er unter ein Trittbrett, welches ihn ein Stück mit fortschleifte. Vollmer erlitt starke Quetschungen am Rücken und an einer Hand. — Als eine Hochzeitsgesellschaft auf dem Stadtberge in **Schnriedemühl** sich in fröhlicher Stimmung befand, stand plötzlich die Braut in Flammen. Wahrscheinlich durch leichtsinniges Hantieren mit einer Zigarre hatte der Brautschleier Feuer gefangen. Dem schnellen Eingreifen einiger beherzter Personen ist es zu danken, daß der Unfall gelinde verlief. Brautschleier und Traukleid sind allerdings vollständig vernichtet. — Bei Anbringung der elektrischen Leitung an dem Hause der Franke'schen Erben in der Fürstensteinerstraße in **Gottesberg** wurde das Dach beschädigt. Der vom Waldenburger Elektrizitätswerk mit den Ausbesserungsarbeiten beauftragte Dachdecker Ludwig aus Waldenburg stürzte infolge eines Fehltritts so unglücklich ab, daß er schwere innere und äußere Verletzungen, doppelten Beinbruch und Rippenbrüche, davontrug und in das Krankenhaus überführt werden mußte. — Bei **Ratibor** ertrank beim Baden in der Oder an verbotener Stelle oberhalb der Eisenbahnbrücke der siebzehn Jahre alte Kürschnerlehrling Chmeilk. Gleichfalls ertrunken ist ein Husar der 3. Eskadron des Husaren-Regiments „Graf Goetzen", der dort in der Oder am Birkenwäldchen gebadet hat. — In **Ludgierzowitz**, Kreis Ratibor, ertrank beim Baden im dortigen Karpfenteiche der 13jährige Sohn des Postschaffners Johann Magiera. Die von den mitbadenden Knaben benachrichtigten Lehrer Kempe und Baron zogen den Knaben sofort heraus. Die Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. — Ertrunken ist in **Posen** beim Baden in der Warthe der Trainsergeant Fiedler. — Auf dem Dampfer „Wilhelmine", der sich auf der Weichsel unterwegs von **Bromberg** nach Königsberg befand, ereignete sich ein eigenartiger Unglücksfall. In der Höhe von Sartowitz wollte der Dampfer anlegen und ließ die Anker werfen. Als der Steuermann Schulz die Kurbel drehte, versagte die Sicherung, die Kurbel schlug zurück und Schulz erhielt einen derart heftigen Schlag an den Kopf, daß er zu Boden stürzte und bald darauf seinen Geist aufgab.